

2. Theorie und Operationalisierung

Meine Forschungsperspektive basiert auf der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse und dem Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Die mit diesen Ansätzen einhergehenden Grundannahmen und Begriffe werde ich in den Kapiteln 2.1 (diskurstheoretische Hegemonieanalyse) und 2.2 (gesellschaftliche Naturverhältnisse) offen legen. In einem weiteren Kapitel (2.3) stelle ich das Forschungsdesign, den Aufbau und das methodische Vorgehen dieser Arbeit vor.

2.1 DISKURSTHEORETISCHE HEGEMONIEANALYSE

Die Begriffe und Konzepte der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse¹ prägen die Forschungsperspektive dieser Arbeit. Dabei orientiere ich mich an den Ausarbeitungen von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in „Hegemony and Socialist Strategy“ (Laclau/Mouffe 2001) sowie den theoretischen Weiterentwicklungen durch Laclau und anderen Autor_innen (vgl. beispielsweise Laclau 1990a; Nonhoff 2006; Reckwitz 2006; Wullweber 2010). Die Autor_innen definieren die verwendeten Begriffe durchaus verschieden und teilweise unterscheiden sich auch ihre theoretischen Annahmen. Insofern soll hier nicht suggeriert werden, dass es *die eine* homogene diskurstheoretische Hegemonieanalyse gäbe. Um meine eigene Forschungsperspektive möglichst transparent zu machen, werden in den folgenden Ausführungen die Grundannahmen meines theoretischen Zugangs offengelegt und die verwendeten Arbeitsbegriffe definiert (2.1.1 bis einschließlich 2.1.4). Anschließend gehe ich auf die Schwierigkeit der Operationalisierung von Hegemonialisierungs- und Politisierungsprozessen ein. Mit der Unterscheidung fünf verschiedener Phasen – als Bandbreite möglicher empirischer Ergebnisse – soll eine differenzierte Einschätzung der beobachteten Kämpfe um Hegemonie erleichtert werden (2.1.5).

1 Für die Ansätze dieser Forschungsperspektive werden unter anderem auch die Bezeichnungen postmarxistische oder poststrukturalistische Diskurstheorie verwendet.

2.1.1 Das Primat des Politischen: Das Soziale und das Politische

Um die virulenten Auseinandersetzungen im Konfliktfeld der ökologischen Krise adäquat analysieren zu können, habe ich mich für eine Forschungsperspektive entschieden, welche die Prozesse der permanenten (Re-)Produktion von Hegemonie in den Mittelpunkt rückt und auf die Brüche, Ambivalenzen und Widersprüche innerhalb von Diskursen fokussiert.

„Insgesamt hilft die Diskurs- und Hegemonietheorie dabei, den Blick für die Ambivalenzen und Heterogenitäten zu schärfen, die innerhalb sozialer Wirklichkeiten bestehen. Im Fokus der Analyse steht also weniger die vermeintliche Homogenität von Diskursen, sondern eher deren permanente Unabschließbarkeit und Veränderlichkeit.“ (Glasze/Mattisek 2009: 154)

Postfundamentalistische Ansätze, zu denen die diskurstheoretische Hegemonieanalyse zählt, basieren auf der Annahme, dass moderne Gesellschaften durch unab-schließbare Auseinandersetzungen um die Fundierung der sozialen Ordnung geprägt sind. Diese Annahme reflektiert „ein empirisch nachvollziehbar gewandeltes Bewusstseins- und Praxisverhältnis der Menschen in der Moderne, durch das ihnen ihre gesamte gesellschaftliche Lebenswelt latent kontingent und damit entscheidbar geworden ist“ (Greven 2010: 68). Damit soll nicht behauptet werden, dass alle gesellschaftlichen Phänomene permanent neu verhandelt werden. Eine solche Situation, in der Bedeutungszuschreibungen gar nicht institutionalisiert sind und keinerlei Fixierung anzutreffen ist, wäre ein Zustand jenseits von Gesellschaft (vgl. Laclau 2005: 133). Der Großteil der alltäglichen sozialen Beziehungen und Praktiken wird routiniert vollzogen, ohne problematisiert zu werden (vgl. Berger/Luckmann 2004: 26f). Dennoch sind moderne Gesellschaften konstitutiv durch die „Gleichursprünglichkeit von Konflikt und Kontingenz“ (Marchart 2013: 204) geprägt. Die Absage an die Möglichkeit einer Letztbegründung von Gesellschaft impliziert den Konflikt um die Ordnung des Sozialen. Stets besteht die Möglichkeit, dass etwas „als entscheidbar und entscheidungsbedürftig erkannt und mit einigem Erfolg propagiert wird“ (Greven 2010: 69). Gesellschaft muss also permanent neu gegründet und begründet werden (vgl. Marchart 2013: 204).

Diesem konfliktorientierten Gesellschaftsbegriff liegt ein theoretisch begründetes Primat des Politischen zugrunde. Damit ist gemeint, dass das Soziale – d. h. verstetigte soziale Identitäten, Beziehungen, Handlungen und Strukturen – immer einen politischen Ursprung hat. Die gesellschaftliche Ordnung entwickelt sich durch Kämpfe um Hegemonie, in denen bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster gegenüber anderen privilegiert werden. Diese Privilegierung wird im Zuge der Routinisierung entpolitisiert. Alternativen werden marginalisiert und geraten in

Vergessenheit. Da dieser Prozess der Verstetigung sozialer Praktiken nie vollkommen gelingt, kann es keine eindeutige, sondern nur eine graduelle Unterscheidung des Sozialen vom Politischen geben.² Das Politische wird hier als der Moment gefasst, in dem die Kontingenz der Gesellschaftsordnung deutlich und die Entscheidung zwischen Alternativen als das Ergebnis von Machtbeziehungen erkennbar wird (vgl. Laclau 1990a: 33ff; Reckwitz 2006: 346). Durch die Bewusstmachung des kontingenten Ursprungs des Sozialen können auch Alternativen wieder an Bedeutung gewinnen und bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster in den politischen Bereich der Auseinandersetzungen um Hegemonie geholt werden. Von einem Primat des Politischen auszugehen meint demnach, Politik nicht als einen gesellschaftlichen Teilbereich neben anderen anzusehen, sondern vom politischen Ursprung des Sozialen insgesamt auszugehen (vgl. Wullweber 2010: 85ff).

2.1.2 Das Ringen um Hegemonie: Subjektpositionen und Diskurse

Die soziale Ordnung basiert damit auf einem permanenten Ringen um Hegemonie. Hegemonie wird dabei „als eine dominante Lesart der Welt und die mit dieser Lesart verbundenen vorherrschenden Praktiken und Subjektivierungen“ (Nonhoff 2010: 41) verstanden. In der hier vertretenen diskurstheoretischen Perspektive sind es nicht bestimmte Subjekte oder soziale Kräfte, die hegemonial werden, sondern bestimmte Diskurse – d. h. Deutungs- und Handlungsmuster (soziale Praktiken) sowie die damit verbundenen sozialen Identitäten (Subjektpositionen) (vgl. Bedall 2014: 48ff). Diese Kämpfe können nur temporär und prekär ruhig gestellt werden, indem bestimmte Diskurse eine partielle Hegemonie erlangen. Dabei sind die Diskurse, in denen Praktiken sowie Vorstellungen vom Gemeinwohl und von idealen Gesellschaftsordnungen (re-)produziert werden, immer partikulare Diskurse. Sie entstehen und gelten stets in einem bestimmten historischen, regional- und gruppenspezifischen Kontext. Gesellschaft kann somit als „eine Agglomeration von ‚Diskursen‘“ (Reckwitz 2006: 341) beschrieben werden.

Ein Diskurs ist ein System von Unterscheidungen, die „eine ‚Ordnung der Dinge‘ produzieren, in deren Zusammenhang den Dingen erst bestimmte Bedeutungen zugeschrieben wird und bestimmtes Handeln möglich ist“ (Reckwitz 2006: 341). Diskurse werden durch soziale Praxis (re-)produziert. Dabei wird jede soziale Praxis als artikulatorisch und damit als Teil von Diskursen verstanden, da in ihrem Vollzug Deutungs- und Handlungsmuster (re-)produziert werden (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 113). Als Akte der Bedeutungsgenerierung produzieren und verbreiten

2 In den Debatten über die ‚politische Differenz‘ wird zwischen ‚der Politik‘ (hier: ‚das Soziale‘) und ‚dem Politischen‘ unterschieden (vgl. Bedorf/Röttgers 2010; Marchart 2010).

ten solche Artikulationen Diskurse. Gleichzeitig ermöglichen und beschränken Diskurse bestimmte soziale Praktiken (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 113f). Diskurse bestehen somit aus miteinander zusammenhängenden Artikulationen, die in den Ansätzen der Diskurstheorie die kleinste Analyseeinheit darstellen. Dabei kann nicht davon ausgegangen werden, dass im empirischen Material ‚objektive‘ Artikulationen unabhängig von der Perspektive des Beobachters/der Beobachterin identifiziert werden könnten. Eine Artikulation liegt nicht einfach vor, sondern ist immer das Ergebnis von Interpretationsarbeit. Somit kann man den als typisch interpretierten Bedeutungsgehalt einzelner oder verschiedener konkreter sozialer Praktiken als Artikulation fassen. Artikulationen, die Vorstellungen vom Gemeinwohl bzw. von der idealen Gesellschaftsordnung beinhalten, stellen politische Artikulationen dar und werden in dieser Arbeit als Forderungen bezeichnet (vgl. Bedall 2014: 41f; Nonhoff 2006: 138). Mit den Forderungen sind Partikularinteressen verknüpft, die auf die Subjektpositionen verweisen, aus denen heraus die Forderungen artikuliert werden.

Als Subjektpositionen gelten im Diskurs (re-)produzierte Identitätsangebote, die von Subjekten ausgefüllt werden, die damit zu Diskursträger_innen werden (vgl. Reckwitz 2006: 341, 346f; Wullweber 2010: 63). Durch die aktive Einnahme einer Subjektposition verbreiten, stabilisieren und entwickeln Diskursträger_innen einen Diskurs. Sie prägen und (re-)produzieren einen Diskurs und schreiben dabei ihre Partikularinteressen, ihre spezifischen Forderungen in den Diskurs ein. Insofern kann man auch mit einer diskurstheoretischen Perspektive unterschiedliche Wirkmächtigkeiten von Subjekten und sozialen Kräften analysieren (vgl. Bedall 2014: 48ff). Die Wirkmächtigkeit bemisst sich in der Fähigkeit, Diskurse zu prägen und zu verbreiten.³ Dazu bedarf es in der Regel die – bewusste oder unbewusste – Bildung von Diskurskoalitionen (vgl. Hajer 1995: 65).

- 3 In Bezug auf die Frage nach dem Verhältnis von Struktur und Subjekt wird hier weder die Struktur noch das Subjekt als vorrangig gefasst (vgl. Wullweber 2010: 76). Die Handlungen der Subjekte werden durch die Diskurse zugleich begrenzt und ermöglicht. Gleichzeitig formen die Subjekte mit ihrer Praxis die Diskurse. Dahinter steht die Annahme, dass eine komplette Schließung der Struktur nicht möglich ist. Aufgrund des Fehlens einer genauen Handlungsvorschrift wird das Subjekt zur Entscheidung gezwungen (vgl. Wullweber 2010: 77f). Die Situation der Unentschiedenheit ist allerdings eine strukturierte Unentschiedenheit. „Eine Entscheidung wird vielmehr immer innerhalb eines bestimmten strategisch-selektiven Kontextes [...] getroffen und kann von diesem nicht getrennt werden. Kontexte schränken daher sowohl die strukturelle Unentschiedenheit, [sic!] als auch die zu einem historischen Zeitpunkt möglichen Inhalte ein“ (Wullweber 2010: 79). In dislozierten Situationen, in denen sich die Brüche und Risse einer hegemonialen Struktur zeigen, erhöht sich die Handlungsfähigkeit von Subjekten (vgl. Bedall 2014: 50).

2.1.3 Die Universalisierung: Hegemonieprojekt und Diskursorganisation

Insofern bestimmte Forderungen von Diskursträger_innen über einen gewissen Zeitraum miteinander verknüpft und wiederholt artikuliert werden, kann man von einem Hegemonieprojekt sprechen (vgl. Wullweber 2010: 105f).⁴ Hegemonieprojekte versuchen Diskurse zu universalisieren, d. h. sie als alternativlos zu präsentieren (vgl. Reckwitz 2006: 343). Sie ringen darum, bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durchzusetzen, sie zu institutionalisieren (vgl. Wullweber 2010: 108ff). Für diesen Prozess der Durchsetzung von sozialen Praktiken und Subjektpositionen verwende ich sowohl den Begriff der Hegemonialisierung als auch den der Universalisierung.

Verschiedene Hegemonieprojekte konkurrieren um die Fundierung der sozialen Ordnung. Ein Projekt hat dann Hegemonie erreicht, wenn die in ihm enthaltenen Partikularinteressen als Allgemeininteresse der Gesellschaft erfolgreich postuliert und als gesellschaftlicher Konsens⁵ durchgesetzt wurden (vgl. Wullweber 2010: 83). In einem solchen Fall wird ein Hegemonieprojekt, das Hegemonie anstrebt, zu einem hegemonialen Projekt, das Hegemonie erlangt hat. Die Durchsetzung eines bestimmten Konsenses basiert dabei immer auf der erzwungenen Ausgrenzung von Alternativen (vgl. Laclau 1990a: 31; Wullweber 2010: 83).

„Eine hegemoniale gesellschaftliche Struktur beinhaltet folglich immer auch die Unterdrückung von Menschen (genauer: Subjektpositionen), die sich nicht mit dem vorherrschenden Konsens, sondern mit alternativen Bedeutungen identifizieren. Die Hegemonietheorie hebt hervor, dass der Grad der Zustimmung und ebenso der Grad der Undenkbarmachung von Alternativen die Stabilität einer Hegemonie bestimmen. Hierdurch wird verdeutlicht, dass ein gesellschaftlicher Konsens regelmäßig auf Gewaltanwendung gründet, deren Spuren, durch zur Gewohnheit gewordene Wiederholungen, verwischt sind.“ (Wullweber 2010: 83)

4 Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich konkrete Einzelpersonen oder Gruppen in ihrer Selbstwahrnehmung als Diskursträger_innen eines Hegemonieprojekts verstehen – wobei dies in Einzelfällen auch zutreffen mag. Stattdessen ist die Identifizierung eines Hegemonieprojekts das Ergebnis von Interpretationsarbeit. Durch die Analyse können Zusammenhänge zwischen singulären Artikulationen, d. h. hegemoniale Strukturen und Strategien zur Durchsetzung von Hegemonieprojekten rekonstruiert werden.

5 Konsens meint in hegemonietheoretischen Ansätzen in Anschluss an Antonio Gramsci immer einen aktiv hergestellten Konsens, der das Ergebnis von von Kämpfen um Hegemonie ist. Insofern sind in einem Konsens stets bestimmte Partikularinteressen privilegiert eingeschrieben (vgl. Wullweber 2010: 83).

Hegemonie wird zwar nur in seltenen Fällen durch direkten Zwang durchgesetzt und abgesichert. Allerdings geht die (Re-)Produktion eines bestimmten Konsenses stets mit dem Ausschluss von Alternativen einher und hat damit repressive Effekte. Dabei werden die ausschließenden Dimensionen eines hegemonialen Projekts in der Tendenz umso weniger als Zwang und Repression wahrgenommen, je gefestigter seine Hegemonie ist (vgl. Scherrer 2007: 72f). Aufgrund der Verstetigung sozialer Praktiken und der Marginalisierung von Alternativen, die in Vergessenheit geraten, wird ein hegemonialer Diskurs tendenziell unhinterfragt reproduziert (vgl. Laclau 1990a: 33ff).

Die sozialen Praktiken, die ein Hegemonieprojekt verbreiten und stabilisieren, fasse ich als Hegemoniestrategien (vgl. Wullweber 2010: 141). Der Begriff der Strategie wird hier diskurstheoretisch verwendet und bezieht sich somit nicht allein auf ein intentionales Vorgehen einzelner Akteur_innen, sondern im umfassenden Sinn auf die Muster der Anordnung diskursiver Elemente im Zeitverlauf (vgl. Nonhoff 2007: 184f). Der Einsatz von Hegemoniestrategien zielt darauf, Zustimmung zu den jeweiligen Hegemonieprojekten – und damit Konsens – zu erzeugen (vgl. Candeias 2007: 19; Scherrer 2007: 72). Ein zentraler Mechanismus ist dabei die Schaffung von attraktiven Subjektpositionen (vgl. Reckwitz 2006: 343).

Die Schaffung von attraktiven Subjektpositionen setzt an dem Bedürfnis von Subjekten nach Identifikation an, an der „Hoffnung, in dem bestehenden Bedeutungsuniversum aufzugehen“ (Wullweber 2010: 78).⁶ Für diese, auch als ‚fantasmatisch‘ (vgl. beispielsweise Bedall 2014: 55f; 59ff) bezeichnete Dimension von Diskursen verwende ich den Begriff des Hegemonieversprechens. Diskurse beinhalten stets ein imaginäres Versprechen auf einen glücklich machenden Zustand, der herbeigeführt oder vor seiner Zerstörung bewahrt werden soll. Das Hegemonieversprechen suggeriert, dass die Universalisierung des Diskurses zu „gesellschaftlicher Harmonie und Vollkommenheit“ (Bedall 2014: 42) führe bzw. diese erhalte. So werden Diskurse und ihre Subjektpositionen attraktiv und erstrebenswert. Hegemonieversprechen beinhalten eine jeweils spezifische Vorstellung von Gemeinwohl und der idealen Gesellschaftsordnung, die als allgemeingültig artikuliert wird (vgl. Wullweber 2010: 108ff).

6 Bei der Fassung des Verhältnisses von Diskurs und Subjekt greifen viele Autor_innen der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse auf den Subjektbegriff von Jacques Lacan zurück (vgl. beispielsweise Wullweber 2010: 77f). Mit dem Subjektverständnis von Lacan geht die Annahme einher, dass die Versuche der Integration des Subjekts in das Bedeutungsuniversum letztlich zum Scheitern verurteilt sind. Der Prozess der Identifikation ist somit stets prekär (vgl. Wullweber 2010: 78f).

In vielen Arbeiten zur diskurstheoretischen Hegemonieanalyse wird davon ausgegangen, dass die Herausbildung eines ‚leeren Signifikanten‘ als Symbol der spezifischen Vorstellung von Gemeinwohl ein entscheidender Schritt zur Hegemonialisierung eines Diskurses sei (vgl. beispielsweise Bedall 2014: 45ff; Laclau 1996; Nonhoff 2006: 124ff; Nonhoff 2007: 180; Wullweber 2010: 139f, 150f). Auch wenn der Begriff des leeren Signifikanten in meiner Arbeit keine ganz so prominente Rolle spielt, werde ich an verschiedenen Stellen auf ihn zurückgreifen. Ich verwende den Begriff des leeren Signifikanten für die Bezeichnung der Kernforderung eines Hegemonieprojekts, die gleichzeitig das imaginierte Gemeinwohl repräsentiert. Ein leerer Signifikant hat damit eine Doppelfunktion: Er bezeichnet eine spezifische Forderung, gleichzeitig repräsentiert er aber auch den Diskurs insgesamt (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 165f).

„Leere Signifikanten repräsentieren gewissermaßen den kleinsten gemeinsamen Nenner verschiedener Elemente und verknüpfen diese damit in einen diskursiven Zusammenhang. Je größer die Menge der Elemente innerhalb eines solchen Zusammenhangs, desto kleiner wird deren gemeinsamer Nenner und desto unspezifischer muss auch der leere Signifikant werden – daher die Bezeichnung *leerer Signifikant*.“ (Glasze/Mattisek 2009: 165; Hervorhebung im Original)

Um die Repräsentationsfunktion ausfüllen zu können, muss der Signifikant tendenziell entleert werden und damit gleichzeitig unterbestimmt und überdeterminiert bleiben. Ein leerer Signifikant ist unterbestimmt, weil er nicht eindeutig auf nur einen Signifikanten verweist. Er ist gleichzeitig überdeterminiert, hat Bedeutungsüberschüsse, weil er verschiedene Artikulationen repräsentiert (vgl. Reckwitz 2006: 343).

Die erfolgreiche Universalisierung eines Diskurses durch ein hegemonial gewordenes Projekt beinhaltet, dass die mit dem Diskurs verbundenen Praktiken und Subjektpositionen gesellschaftlich institutionalisiert und dominant sind. In einem solchen Fall kann man von einer (hegemonialen) Diskursorganisation sprechen. Eine Diskursorganisation stellt eine verstetigte „und infolgedessen über einen gewissen Zeithorizont und innerhalb eines bestimmten sozio-politischen Raums stabilisierte soziale Verfasstheit und Strukturiertheit von Gesellschaft“ (Wullweber 2010: 113) dar.⁷

7 Dabei sei noch einmal betont, dass Akteur_innen zwar ihre Interessen privilegiert in ein Hegemonieprojekt einschreiben und es damit prägen und forcieren können, es aber nie die konkreten Personen oder Gruppen sind, die hegemonial sind bzw. werden, sondern die Diskurse, die Bedeutung generieren, Subjektpositionen vorgeben und auf eine bestimmte Gesellschaftsorganisation zielen (vgl. Wullweber 2010: 111).

Die Identifikation von Diskursen und Diskursorganisationen ist – wie bereits in Bezug auf die Hegemonieprojekte angemerkt – eine analytische Rekonstruktionsleistung. Insofern hängt die Erfassung von Zusammenhängen zwischen Ereignissen und Praktiken sowie ihre Interpretation als Diskursorganisation von der Beobachtungsperspektive ab. Dabei ist es durchaus sinnvoll, von verschiedenen, sich teilweise überlagernden Diskursorganisationen auszugehen (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 139).

Dementsprechend lassen sich Diskursorganisationen mit unterschiedlicher Reichweite ausmachen. Sie können erstens „hinsichtlich des adressierten Personenkreises, das heißt hinsichtlich des Kreises von Individuen und Gruppen, um dessen kollektives Begehren es geht“ (Nonhoff 2006: 139) unterschieden werden. Zweitens kann unterschieden werden, ob sie sich auf das Gemeinwohl per se oder auf ein spezifisches Gemeinwohl beziehen. Damit ist gemeint, dass Diskurse beispielsweise innerhalb bestimmter Gesellschaftsbereiche (wie dem politischen System) oder bestimmter Sachgebiete (wie der Umweltpolitik) hegemonial sein können (vgl. Nonhoff 2006: 139). Diese sozio-politischen Räume – für die ich im Folgenden auch den Begriff der (Diskurs-)Arena verwende – werden ebenfalls in hegemonialen Kämpfen⁸ ausgehandelt und (re-)produziert.⁹

Mit der Verstetigung der permanenten Kämpfe um Hegemonie entwickeln sich Diskursorganisationen. In ihnen bilden sich gesellschaftliche Kräfteverhältnisse ab, die eine gewisse Festigkeit erlangt haben (vgl. Wullweber 2010: 115).

„Diese Kräfteverhältnisse wirken dadurch, dass sie in die soziale Struktur, in die Institutionen und täglichen Praktiken der Subjekte dieser Gesellschaft eingeschrieben wurden, strukturierend auf die Möglichkeiten der Artikulation neuer Relationen und damit auch auf die Gestaltung des Wahrheitshorizonts einer Gesellschaft ein. Eine spezifische Diskursorganisation ist also nicht nur *Ausdruck* der historischen Kräfteverhältnisse einer Gesellschaft, sondern wirkt retroaktiv und performativ auf die Konstituierung dieser Gesellschaft ein.“ (Wullweber 2010: 115; Hervorhebung im Original)

8 Korrekt wäre die Bezeichnung ‚Kämpfe um Hegemonie‘. Schließlich sind die Kämpfe selber nicht hegemonial. Mit dem Begriff sind Praktiken gemeint, die auf die Universalisierung von Diskursen zielen. Aus stilistischen Gründen verwende ich in dieser Arbeit aber an manchen Stellen auch den Ausdruck der ‚hegemonialen Kämpfe‘.

9 In der Debatte um die ‚Politics of Scale‘ gibt es dafür den Begriff der ‚skalaren Strategie‘. Skalare Strategien zielen darauf ab, über die Produktion und Veränderung räumlich-institutioneller Arenen Machtverhältnisse zu festigen, zu verschieben oder zu bekämpfen (vgl. Wissen/Röttger/Heeg 2008). Insofern sind sie Hegemoniestrategien, die sich auf die räumliche Dimension von Diskursorganisationen beziehen.

Trotz der strategisch-selektiven Strukturierung der Gesellschaft, die bestimmte Artikulationen privilegiert und andere benachteiligt, ist die Stabilität einer Diskursorganisation konstitutiv prekär. Eine Diskursorganisation muss durch die permanente (Re-)Produktion des eigenen und der Marginalisierung der sie bedrohenden alternativen Diskurse aufrecht erhalten werden (vgl. Laclau 1990a: 31ff; Wullweber 2010: 113f). Eine „vollständige hegemoniale Strukturierung ist nicht möglich“ (Wullweber 2010: 115), da Diskursorganisationen stets Risse und Brüche enthalten, die durch Dislokationen virulent werden können und Ansatzpunkte für gegenhegemoniale Projekte bieten – worauf ich im nächsten Abschnitt genauer eingehen werde.

2.1.4 Die Prekarität von Hegemonie: Dislokationen und Antagonismen

In vielen Texten zum Ansatz der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse wird der Begriff der Äquivalenzkette synonym zu dem des Diskurses verwendet (vgl. beispielsweise Wullweber 2010: 59, 102). Mit dieser Formulierung soll ausgedrückt werden, dass die Elemente eines Diskurses als zusammengehörig – d. h. als äquivalent zueinander – artikuliert werden. Damit verbunden ist die Annahme, dass jede Universalisierung auf der Abgrenzung gegenüber einem verworfenen Außen basiert, „im Verhältnis zu dem sich die Vielzahl einander überschneidender Differenzen zu einer übergreifenden Identität vereinheitlichen lässt“ (Reckwitz 2006: 344). Die Elemente eines Hegemonieprojekts werden also nicht durch ein geteiltes positives Merkmal geeint, sondern durch die geteilte Opposition zum verworfenen Außen (vgl. Laclau 2007: 32), das als Hindernis bzw. Bedrohung für die Erreichung bzw. Erhaltung der idealen Ordnung gilt. „Universalisierungen sind paradoxerweise auf ein Anderes jenseits der Universalität angewiesen, gegen das sie ankämpfen.“ (Reckwitz 2006: 345)

Damit wird ein Antagonismus instituiert, der die Grenze markiert zwischen den ‚legitimen‘ Artikulationen innerhalb des Diskurses und den Artikulationen, die als Bedrohung für das Gemeinwohl gelten. Der Antagonismus kann dabei weder als Auseinandersetzung zwischen ‚objektiv‘ existierenden Gruppen noch als quasi-logischer Widerspruch, welcher der gesellschaftlichen Struktur inhärent ist, gedacht werden (vgl. Laclau 1990a: 17). Als Antagonismus gilt dagegen der „Prozess der Grenzziehung, der den Diskurs in einen Bereich des ‚Eigenen‘ und einen des ‚Anderen‘ unterteilt“ (Glasze/Mattisek 2009: 166f). Der Antagonismus hat zugleich stabilisierende und destabilisierende Effekte. Zunächst einmal ist er die Grundlage für die Konstitution von Subjektpositionen und ‚legitimen‘ Artikulationen. Gleichzeitig unterminiert die Existenz eines verworfenen Außen den Universalitätsanspruch eines Hegemonieprojekts (vgl. Laclau 1990a: 39ff; Reckwitz 2006: 345).

„Der hegemoniale Diskurs beansprucht Allgemeingültigkeit und Alternativenlosigkeit und demonstriert durch das sinnhafte Präsenthalten eines Außens, das sich nicht in die universale Ordnung fügt, seine eigene Kontingenz und Partikularität.“ (Reckwitz 2006: 345)

Hegemonieprojekte können also eine partielle Stabilität und Dominanz erreichen, diese bleibt aber konstitutiv prekär. Aufgrund der konstitutiven Prekarität von Hegemonie gibt es immer wieder Situationen „die so neu sind, dass sie nicht aus der bestehenden sozialen Wirklichkeit heraus bearbeitet werden können“ (Glasze/Mattisek 2009: 161). In diesen Situationen wird das Soziale disloziert. Der Dislokation von Identitäten, Hegemonieprojekten und Diskursorganisationen liegt die Überdeterminierung, die alle Versuche der Bedeutungsfixierung gemeinsam haben, zugrunde (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 97f, 142; Laclau 1990a: 40).

Die Bedeutungsfixierung ist niemals total und niemals vollkommen stabil. Da Diskurse aus miteinander verwobenen partikularen Artikulationen bestehen, überlagern sich in Diskursen immer unterschiedliche Begründungsmuster und Sinnkonstruktionen. Insofern beinhalten – auch stark hegemonialisierte – Diskurse hybride und teilweise auch in sich widersprüchliche Momente. Deshalb kommt es immer wieder zu Disloktionen, d. h. zu Situationen in denen die Überdeterminierung aufbricht und hybride sowie widersprüchliche Momente der hegemonialen Diskursorganisation sichtbar werden (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 157). Diese dislozierenden Effekte werden in dieser Arbeit als Brüche und Risse bezeichnet. Durch die Risse und Brüche, die den Universalitätsanspruch konterkarieren, wird die Kontingenz eines hegemonialen Diskurses deutlich. „Das, *was ist*, wird mit dem konfrontiert, *was sein könnte*: dem radikal Anderen [dem verworfenen Außen; T. K.]“ (Bedall 2014: 57; Hervorhebungen im Original). Damit stehen Disloktionen für den Moment des Politischen, in dem die Kontingenz des Sozialen und die Entscheidung zwischen Alternativen als das Ergebnis von Machtbeziehungen erkennbar wird (vgl. Laclau 1990a: 33ff; Reckwitz 2006: 346).

Joscha Wullweber benennt zwei mögliche Ursachen für Disloktionen. Zum einen hat die Unfähigkeit einer Diskursorganisation, bestimmte Ereignisse hegemonial zu integrieren, dislozierende Effekte. Zum anderen können Risse und Brüche virulent werden, wenn kritische Forderungen auf Dauer von einer Diskursorganisation ignoriert werden (vgl. Wullweber 2010: 140). Ein dislozierter Diskurs kann sich ganz verschieden entwickeln. Die Entwicklung hängt unter anderem von der Stärke der Dislokation, der Homogenität des hegemonialen Projekts und der Verbreitung von gegenhegemonialen Projekten ab.

Dabei stellt die Manifestation eines Antagonismus nur *eine* mögliche diskursive Antwort auf Disloktionen dar (vgl. Glasze/Mattisek 2009: 166). Die Manifestation eines Antagonismus bedeutet die (Re-)Politisierung eines vormals als

universal und alternativlos geltenden Diskurses durch die vermehrte positive Bezugnahme auf das verworfene Außen. Damit wird ein latenter Antagonismus sichtbar und zum Ausgangspunkt virulenter Kämpfe um Hegemonie. Jede verworfene Position (-ierung) kann der Ort eines neuen manifesten Antagonismus werden (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 131). Dem verworfenen Außen ist also stets die Möglichkeit der Politisierung inhärent, insbesondere wenn Hegemonieprojekte auf die Schließung von Diskurshorizonten¹⁰ drängen. Das verworfene Außen kann Quelle der Faszination und Attraktivität werden und von gegenhegemonialen Projekten positiv angeeignet werden (vgl. Reckwitz 2006: 345). Als gegenhegemoniale Projekte bezeichne ich solche Hegemonieprojekte, die sich auf das vom hegemonialen Diskurs verworfene Außen positiv beziehen und durch antagonistische Artikulationen auf eine (Re-)Polarisierung verstetigter sozialer Strukturen zielen.

2.1.5 Stabilitätsstufen der Hegemonie

Mit meinen Forschungsfragen (vgl. Kapitel 1.1) ziele ich auf die Einschätzung der Stabilität von Hegemonie und (den Möglichkeiten) der (Re-)Polarisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Eine derartige Beurteilung birgt einige Herausforderungen. Zum einen ist es schwierig, das Theorem der Hegemonie so zu operationalisieren, dass der Blick für Nuancen nicht verloren geht. Zum anderen erschwert die Annahme, dass Hegemonie durch komplexe Wechselspiele von Zwang und Konsens hergestellt wird, eine empirische Untersuchung von Hegemonie (vgl. Scherrer 2007: 82). Dennoch erscheint es mir sinnvoll, von unterschiedlich starker Stabilität hegemonialer Diskursorganisationen auszugehen und das empirische Material im Hinblick auf derartige graduellen Unterschiede möglichst differenziert zu betrachten. Ansonsten bestünde die Gefahr, homogene stabile Strukturen vorauszusetzen und damit den Blick für Ambivalenzen, Widersprüche sowie hybride Konstellationen im Material zu vernachlässigen. Damit würden weder die permanente Reproduktionsleistung dominanter Hegemonieprojekte noch die Prozesse der (Re-)Polarisierung, an denen ein Aufbrechen des Diskurshorizonts zu beobachten ist, ausreichend gewürdigt werden.

Im Folgenden entfalte ich eine Bandbreite möglicher empirischer Ergebnisse meiner Analyse der (Stabilität der) Diskursorganisation im Bereich der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Diese Heuristik der Einteilung in fünf mögliche Stabilitätsstufen habe ich entwickelt, um eine differenzierte Einschätzung vornehmen zu können. Die dargestellten Phasen der Kämpfe um Hegemonie sind nicht als lineare Entwicklung zu interpretieren, in der eine Stufe zwangsläufig auf die andere folgt.

10 Laclau bezeichnet diese Prozesse als „discourse of closure“ (Laclau 1990b: 92).

Ich gehe vielmehr davon aus, dass sprunghafte Wechsel zwischen den fünf verschiedenen Stufen möglich sind.

- *Einfache Reproduktion der Hegemonie*: Die Kritik an der hegemonialen Diskursorganisation ist marginalisiert. Gegenhegemoniale Projekte haben kaum Einfluss. Der hegemoniale Diskurs ist sehr stabil und wird nahezu umfassend reproduziert. Die damit verbundene Entpolitisierung bedeutet eine Schließung des Diskurshorizonts.
- *Reflexive¹¹ Reproduktion der Hegemonie*: Der reflexiven Reproduktion geht eine Dislokation voraus, die vom hegemonialen Diskurs nicht ohne weiteres bearbeitet werden kann. In der Folge verliert das bislang dominante Hegemonieprojekt an Deutungshoheit gegenüber einem neuen Hegemonieprojekt (oder mehreren Hegemonieprojekten), das allerdings um die gleichen Kernforderungen kreist. Die etablierte Vorstellung vom Gemeinwohl wird nicht verworfen, sondern bildet ebenfalls die Kernforderung des aufstrebenden Hegemonieprojekts. Allerdings wird die Kernforderung in reflektierter Form – d. h. unter Berücksichtigung der Anforderungen, die sich aus der Dislokation ergeben – reproduziert. Dies bedeutet eine leichte kurzfristige Öffnung des Diskurshorizonts. Langfristig ist damit aber unter Umständen eine Schließung des Diskurshorizonts verbunden, wenn der hegemoniale Diskurs in reflektierter Form auf Dauer noch stabiler ist. Die Stabilität würde in dem Fall auf der geschaffenen Möglichkeit beruhen, auf bestimmte Dislokationen reagieren zu können.
- *Politisierung*: Kritische Forderungen werden auf Dauer von der Diskursorganisation ignoriert und gewinnen an Einfluss, wodurch die Brüche und Risse des hegemonialen Diskurses verstärkt werden. In der Folge werden gegenhegemoniale Projekte, die auf das verworfene Außen Bezug nehmen, wirkmächtiger und bilden ein Gegengewicht zum hegemonialen Projekt. Die Partikularität des hegemonialen Diskurses wird manifest und Antagonismen werden virulent. Das etablierte Hegemonieprojekt behält weiterhin seine dominante Position, aber alternative Praktiken und Subjektpositionen gewinnen an Einfluss. Dies beinhaltet eine Öffnung des Diskurshorizonts.

11 In Anlehnung an Christoph Görg und Alejandro Pelfini (vgl. Kapitel 2.2.3) wird hier mit *reflexiver Reproduktion* das Management nicht-intendierter Nebenfolgen gefasst. Davon grenzen Görg bzw. Pelfini die *zweite Reflexion* bzw. *Reflexivität* ab. Zweite Reflexion bzw. Reflexivität gehen über die einfache Reflexion nicht-intendierter Nebenfolgen hinaus, indem sie „auf die Selbstkritik von Konstruktionsprozessen und auf ihre gesellschaftliche Veränderbarkeit“ (Görg 2003a: 49) zielen.

- *Hegemoniekrise*¹²: Der hegemoniale Diskurs verliert seine alternativlose Position. Es gibt eine offene Auseinandersetzung unterschiedlicher Hegemonieprojekte, die verschiedene Kernforderungen artikulieren. Die etablierten Subjektpositionen verlieren an Attraktivität und Diskursträger_innen des hegemonialen Diskurses brechen weg (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 136). Dies bedeutet eine starke Öffnung des Diskurshorizonts.
- *Neue Diskursorganisation*: Im Anschluss an eine Hegemoniekrise entwickelt sich eine neue Diskursorganisation, die auf einer anderen Kernforderung basiert und andere Subjektpositionen produziert. Damit wird der durch die Hegemoniekrise stark geöffnete Diskurshorizont wieder partiell geschlossen.

2.2 GESELLSCHAFTLICHE NATURVERHÄLTNISSE

In diesem Kapitel lege ich meine theoretische Perspektive auf die ökologische Krise¹³ dar. Dazu nähere ich mich allgemein der Frage, welchen Beitrag konstruktivistische Ansätze zur Analyse der ökologischen Krise leisten können (2.2.1). Anschließend konkretisiere ich diese Frage in Bezug auf den von mir gewählten Ansatz der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse. Dabei argumentiere ich, dass es angesichts der Herausforderungen durch die ökologische Krise eines spezifischen Analyseinstrumentariums und eines elaborierten Begriffs von Natur bedarf (2.2.2). Um dem gerecht zu werden, integriere ich das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in meine Forschungsperspektive. Dazu führe ich in die Annahmen und Begrifflichkeiten des Konzepts ein (2.2.3). Abschließend zeige ich, inwiefern das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse mit dem Ansatz der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse kompatibel ist und warum diese Kombination für die Beantwortung meiner Forschungsfragen fruchtbar ist (2.2.4).

12 Diese Situation bezeichnen Laclau und Mouffe in Anlehnung an Gramsci als ‚organic crisis‘ (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 131). Das gramscianische Konzept der organischen Krise ist allerdings nur zum Teil in die Diskurstheorie integrierbar. Um die bei Laclau und Mouffe bereits angelegte Abgrenzung gegenüber Gramsci (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 137f) deutlich zu machen, schlage ich die Verwendung des Begriffs der Hegemoniekrise vor.

13 Korrekter wäre, von einer ‚sozial-ökologischen Krise‘ oder von einer ‚Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse‘ zu sprechen (vgl. Becker/Jahn 2003: 94). Um die Anschlussfähigkeit an verschiedene wissenschaftliche und politische Debatten zu erhöhen, verwende ich jedoch den gängigeren Begriff der ökologischen Krise.

2.2.1 Das Verhältnis von Natur und Gesellschaft

Mit der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse liegt meiner Arbeit eine konstruktivistische Forschungsperspektive zugrunde. Gerade weil konstruktivistische Ansätze oftmals der Kritik ausgesetzt sind, dass sie wenig zur Analyse der ökologischen Krise beitragen könnten, werde ich eingehend die konstruktivistische Perspektive auf das Verhältnis von Natur und Gesellschaft darlegen. In erkenntnistheoretischer Hinsicht wird konstruktivistischen Ansätzen vorgeworfen, dass sie eine Autonomie des Sozialen annehmen, mit der die Abhängigkeit der Gesellschaft von Natur unterschlagen würde. Auf normativer Ebene wird kritisiert, dass sie aus der Einsicht in die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit eine Aufforderung zur beliebigen Umgestaltung von Natur ableiten würden (vgl. beispielsweise Görg 2003b: 120). Ob und inwieweit diese Kritik auf welche Spielarten des Konstruktivismus zutrifft, soll hier nicht diskutiert werden. Stattdessen zielt die Argumentation auf die Offenlegung der eigenen Grundannahmen, um zum einen Missverständnisse vermeiden und zum anderen die Potenziale einer konstruktivistischen Perspektive aufzeigen zu können. Dazu greife ich primär auf Bernhard Gills Aufsatz „Paradoxe Natur. Zur Vieldeutigkeit der Unterscheidung von Natur und Gesellschaft“ (Gill 1998) zurück.

Gills Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass konstruktivistische Analysen der ökologischen Krise nicht zur Beschreibung dessen, was als Natur und Gesellschaft objektiv vorliegt, beitragen (Beobachtung erster Ordnung), sondern gesellschaftliche Konstruktionen von Natur und Gesellschaft untersuchen (Beobachtung zweiter Ordnung). Dahinter steht die Annahme des sogenannten Thomas-Theorems¹⁴, dass diese gesellschaftlichen Konstruktionen eine Wirklichkeit erzeugen, weil sie die Deutungs- und Handlungsmuster der Akteur_innen prägen (vgl. Gill 2003: 17). Die konstruktivistische Perspektive zielt also auf die Analyse der in der Gesellschaft getroffenen Unterscheidungen von Natur und Gesellschaft und die daran geknüpften sozialen Praktiken.

Wie Gill differenziert ausführt, wird in verschiedensten sozialen Praktiken (alltäglicher, wissenschaftlicher, juristischer Art usw.) zwischen ‚Natur‘ und ‚Gesellschaft‘ auf jeweils ganz unterschiedliche Arten und Weisen (vgl. Gill 1998) unterschieden. Diese Unterscheidungen anhand von verschiedenen Leitsemantiken variieren je nach Kontext und Subjektposition. In Abgrenzung zur Akteur-Netzwerk-Theorie¹⁵ konstatiert Gill, dass diese Unterscheidungen weder erst in der Moderne vollzogen werden noch absolute Unterscheidungen sind, folglich schon immer

14 „If men define situations as real, they are real in their consequences.“ (Thomas 1928: 572)

durchlässig waren. Gill arbeitet heraus, dass das Verhältnis von Natur und Gesellschaft in den seltensten Fällen als Dichotomie betrachtet wird. Darüber hinaus betont er, dass Unterscheiden nicht mit dem Ausschluss von Übergängen und Zwischenbereichen oder gar der Negation von Wechselbeziehungen gleichzusetzen sei (vgl. Gill 1998: 224). Um nun aber diese gesellschaftlichen Unterscheidungen in den Blick zu bekommen, bedarf es analytischer Begriffe von Natur und Gesellschaft. Deshalb plädiert Gill dafür – hier steht er erneut im Gegensatz zur Akteur-Netzwerk-Theorie – nicht nur aus normativen¹⁵, sondern auch aus analytischen Erwägungen heraus in sozialwissenschaftlichen Arbeiten nicht auf die Unterscheidung von Natur und Gesellschaft zu verzichten (vgl. Gill 1998: 223, 246f).

In diesem Sinne gehe ich im Folgenden auf die zwei Unterscheidungen ein, die für Gesellschaften der ‚westlichen‘ Moderne¹⁷ besonders relevant sind: die Unterscheidung zwischen *innerer* und *äußerer Natur* sowie die Unterscheidung zwischen *erster* und *zweiter Natur* bzw. zwischen *Natur* und *Gesellschaft*. Die analytischen Differenzierungen in Bezug auf die Konstruktionen von Natur und Gesellschaft ermöglichen die Beobachtung von Verschiebungen in den Natur- und Gesellschaftskonstruktionen. Diese in der Gesellschaft vorgenommenen Verschiebungen und ihre legitimatorischen und normativen Dimensionen stehen letztlich im Fokus konstruktivistischer Analysen. Die folgenden Abschnitte bereiten somit die Beantwortung der Ausgangsfrage des Kapitels vor, was es bedeutet, die ökologische Krise aus konstruktivistischer Perspektive in den Blick zu nehmen.

Die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Natur

Eine für Gesellschaften wichtige Unterscheidung ist die zwischen ‚uns‘ – den Mitgliedern der Kommunikationsgemeinschaft – und ‚den Anderen‘. Diese Unterscheidung wurde und wird in unterschiedlichen Raum-Zeit-Kontexten ganz verschieden getroffen. In der ‚westlichen‘ Moderne wird in dem Zusammenhang gemeinhin

- 15 Die Akteur-Netzwerk-Theorie geht auf Bruno Latour zurück. Latour vertritt die These, dass die Unterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft erst in der Moderne getroffen wird und plädiert für die Überwindung des Dualismus (vgl. Latour 2001).
- 16 Als normative Begründung verweist Gill auf die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft für die Konstitution eines verantwortungsbewussten Subjekts, an das die Frage nach der sozial-ökologischen Gestaltung von Lebensweisen adressiert werden kann (vgl. Gill 1998: 237ff).
- 17 Der in dieser Arbeit vorherrschende Fokus auf Prozesse in Ländern des globalen Nordens spiegelt die Machtverhältnisse in der internationalen Politik wider. Zu der mit diesem Fokus einhergehenden Gefahr der analytischen Verdopplung von Hegemonie vgl. die Reflexionen zu Beginn des dritten Kapitels.

zwischen einer *inneren Natur* des Menschen (worunter beispielsweise seine organische Konstitution, aber auch sein Bewusstsein sowie unbewusst ablaufende psychische Prozesse gefasst werden) und einer ihn umgebenden *äußeren Natur* (z. B. Pflanzen, Tiere, leblose Dinge) unterschieden (vgl. Gill 1998: 225ff). Diese Unterscheidung ist keineswegs absolut. Oftmals wird auch die Gemeinsamkeit des ‚Natürlichen‘ bzw. des ‚Organischen‘ betont. Weiterhin sind die exakten Kriterien der Unterscheidung nicht unumstritten. Als Unterscheidungskriterien werden bestimmte Attribute angeführt, die nur der inneren Natur des Menschen zugesprochen werden, wie beispielsweise Reflexionsvermögen, Vernunft, freier Wille oder Seele. Dennoch kann man – innerhalb eines bestimmten Raum-Zeit-Kontextes wohlge-merkt – phänomenologisch eine mehr oder weniger klare Unterscheidung beobachten.

Helmuth Plessner sieht als Bedingung der Möglichkeit, zwischen der inneren und der äußeren Natur unterscheiden zu können, eine dem Menschen eigene spezifische Vollzugsmodalität (für den gesamten Absatz vgl. Plessner 1975: 288ff). Den Vollzug seiner Grenze zum Umfeld sieht Plessner durch die *exzentrische Positionalität* des Menschen charakterisiert. Damit ist gemeint, dass zwar der physisch-psychische Körper des Menschen wie der des Tieres ist. Das Tier ist durch eine *zentrische Positionalität* gekennzeichnet, da seine Beziehung zur Außenwelt über sein Zentralorgan verläuft, in dem die äußeren Reize verarbeitet werden. Auch der Mensch verarbeitet die äußeren Reize über sein Zentralorgan, ist allerdings im Gegensatz zum Tier dazu in der Lage, seine Organisationsform zu reflektieren. Sein Zentrum kann in Distanz zu sich stehen und sich beobachten. Die menschliche Positionalität ist damit, ohne die Zentrierung durchbrechen zu können, exzentrisch. Vom Blickpunkt außerhalb des Körpers erkennt sich der Mensch als Mensch, d. h. er erkennt seine exzentrische Positionalität (vgl. Plessner 1975: 343).

Plessners Aussage, dass der Mensch ein geschichtsbedingtes und geschichtsbedingendes Wesen ist, relativieren seine eigenen anthropologischen Annahmen, die nicht unabhängig von historischen Konstellationen zu denken sind (vgl. Plessner 1981: 182). Der *homo absconditus* (vgl. Plessner 1983), der verborgene Mensch, ist gezwungen, sich stets neu zu erfinden, sein Leben auf eine bestimmte Art und Weise zu führen (vgl. Plessner 1975: 309f). Dazu gehören elementar die gesellschaftlichen Aushandlungen über die Grenzziehungen zwischen ‚uns‘ und ‚den Anderen‘. Diese Grenzziehungen werden stets neu artikuliert und können nur partiell und temporär durch Hegemoniepraktiken fixiert werden.¹⁸

18 Ein besonders prominentes Beispiel für den umkämpften Charakter der Unterscheidung zwischen der inneren und der äußeren Natur ist die Artikulation des universellen Anspruchs der Menschenrechte. Zur Begründung des Gleichheitspostulats wird ‚die Natur

Die Unterscheidung zwischen erster und zweiter Natur bzw. zwischen Natur und Gesellschaft

Eine weitere wichtige Unterscheidung ist die zwischen *erster Natur* und *zweiter Natur*. Dabei gilt die erste Natur als ursprünglich, die zweite Natur als vom Menschen hergestellt. In Bezug auf die innere Natur des Menschen präzisiert Gill erste Natur als „prähistorische bzw. angeborene Menschennatur“ und zweite Natur als „Habitus, Traditionen, Sozialstruktur“ (Gill 1998: 233). In Bezug auf die äußere Natur bezeichnet Gill die erste Natur als „unberührte Natur“ und die zweite Natur als „domestizierte Natur, technische Artefakte“ (vgl. Gill 1998: 233). In den Gesellschaften wird auf unterschiedliche Weise zwischen erster und zweiter Natur unterschieden. Dabei wird erste Natur oftmals rein negativ – als das Andere des vom Menschen geschaffenen Bereichs der Gesellschaft – gedeutet. Umgekehrt gilt Gesellschaft als das Andere der unberührten Natur. Die konkrete inhaltliche Füllung dieser Unterscheidung ist von Mehrdeutigkeiten gekennzeichnet und bedarf der stetigen (Re-)Konstruktion. Die diesbezüglichen gesellschaftlichen Aushandlungen verlaufen anhand verschiedener Begriffspaare wie Natur-Kultur, Natur-Zivilisation, Natur-Technik usw. (vgl. Schiemann 2004: 72ff). In diesen Aushandlungsprozessen werden bestimmte Deutungs- und Handlungsmuster gesellschaftlich verankert und institutionalisiert – wenn auch nur partiell und vorübergehend.

Die Übergangsbereiche und die Schwierigkeiten der Unterscheidung stehen in wissenschaftlichen Arbeiten im Fokus (vgl. Schiemann 2004: 61). Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive erfolgt der Übergang von erster zu zweiter Natur durch komplexe Prozesse menschlichen Handelns. Insofern wird nicht von einer absoluten Grenze zwischen erster und zweiter Natur, sondern von fließenden Übergängen ausgegangen. Die Prozesse der Umwandlung werden gemeinhin als *gesellschaftliche* Prozesse bezeichnet. Das Ergebnis dieser Umwandlungsprozesse, die zweite Natur, bildet die Gesellschaft. Somit stellt die Umwandlung von erster in zweite Natur eine Bedingung für Gesellschaft dar.

des Menschen‘ mit ‚Vernunft‘ gleichgesetzt, die wiederum der außermenschlichen Natur abgesprochen wird. Dieses Begründungsmuster war stets prekär und ist es bis heute geblieben. So wird auch Tieren, Pflanzen oder Dingen Vernunft zugesprochen, woraus teilweise die Forderung nach einer Ausweitung der Menschenrechte abgeleitet wird. Umgekehrt kommt es immer wieder zur Artikulation vermeintlich ‚natürlicher Unterschiede‘ zwischen Menschen. Im Recht spielen insbesondere Unterscheidungen bezüglich der Vernunftfähigkeit eine Rolle. Die Menschenrechte werden dabei mit Verweis auf die Potenzialität allen Menschen zugestanden – auch wenn diese noch nicht oder nicht mehr ‚vernünftig‘ sein können. Allerdings gibt es im Zivil- und Strafrecht sehr wohl Abstufungen der Geschäfts- und Schuldfähigkeit, beispielsweise bei Kindern (vgl. Gill 1998: 227).

Ulrich Brand und Christoph Görg präzisieren diese Annahme in Bezug auf die äußere Natur. Sie argumentieren, dass Gesellschaft notwendigerweise auf einen Stoffwechsel mit der Natur angewiesen ist, da in gesellschaftlichen Prozessen immer materiell-stoffliche Elemente der äußeren Natur eingehen (vgl. Brand/Görg 2003: 17). Auf dieser basalen Ebene der physikalisch-chemischen Umwandlung von Stoffen findet also immer Naturaneignung – die Umwandlung von erster in zweite Natur – statt.

In Bezug auf die innere Natur des Menschen betonen Peter L. Berger und Thomas Luckmann, dass der Mensch notwendigerweise sich selbst schaffen muss (für den gesamten Absatz vgl. Berger/Luckmann 2004: 49ff). Sie greifen dabei auf Aussagen der philosophischen Anthropologie zurück. Mit Verweis auf die Arbeiten von Arnold Gehlen und Helmuth Plessner gehen sie davon aus, dass der Mensch aufgrund seiner ‚Instinktarmut‘ der Formung durch gesellschaftliche Institutionen bedarf. Die ‚Weltoffenheit des Menschen‘ muss durch die Schaffung von Habitualisierungen und Institutionen ausgeglichen werden. Diese Umwandlung der ersten in zweite Natur ist dabei notwendigerweise immer eine gesellschaftliche Produktion. Nicht nur die Psyche, sondern auch der physische Organismus des Menschen entwickelt sich nach der Geburt weiter, während er schon im Austausch mit seiner Umwelt steht. Diese Umwelt wiederum ist das Ergebnis permanenter gesellschaftlicher (Re-)Produktion. Die gesellschaftliche Produktion der menschlichen Welt basiert auf der intersubjektiven Schaffung von gemeinsamen Deutungs- und Handlungsmustern, von Institutionen. Berger und Luckmann denken also die Beziehung zwischen dem Menschen und der Gesellschaft als ein Wechselverhältnis. Menschen als Kollektivgebilde schaffen die gesellschaftliche Welt und werden gleichzeitig von dieser geschaffen (vgl. Berger/Luckmann 2004: 65).

Die Annahme der Produktion von Subjekten durch die Gesellschaft verweist auf den ‚objektiven‘ Charakter der zweiten Natur. Die intersubjektive Schaffung von Institutionen ist ein Prozess der Vergegenständlichung, der Objektivation. Institutionen treten dem Individuum als objektive Faktizität gegenüber.¹⁹ Insofern wird eine institutionalisierte Welt (zweite Natur) als objektive Wirklichkeit erlebt. Damit geht ein Kontrollcharakter von Institutionen einher, wie Berger und Luckmann deutlich machen:

19 Somit ist es sinnvoll, nicht nur von einer physischen, sondern auch von einer *sozialen Materialität* zu sprechen. Materialität in diesem Sinne würde sowohl die innere als auch die äußere erste und zweite Natur umfassen. Die *Prozesse* der Verstetigung und Verflüssigung von zweiter Natur würden allerdings nicht in den Bereich der Materialität fallen. Dies kann nur eine analytische Unterscheidung bleiben, denn empirische Phänomene weisen immer sowohl einen fluiden als auch einen verstetigten Anteil auf.

„Durch die bloße Tatsache ihres Vorhandenseins halten Institutionen menschliches Verhalten unter Kontrolle. Sie stellen Verhaltensmuster auf, welche es in eine Richtung lenken, ohne ‚Rücksicht‘ auf die Richtungen, die theoretisch möglich wären. Dieser Kontrollcharakter ist der Institutionalisierung als solcher eigen. Er hat Priorität vor und ist unabhängig von irgendwelchen Zwangsmaßnahmen, die eigens zur Stütze einer Institution eingesetzt werden oder worden sind.“ (Berger/Luckmann 2004: 58f)

Diese Annahmen über Institutionen und Prozesse der Objektivation entsprechen der in Kapitel 2.1 eingeführten Vorstellung von Hegemonie, die als aktiv hergestellter Konsens alternative Diskurse marginalisiert. Institutionen haben aufgrund ihrer Faktizität (ihrer hegemonialen Position) Macht über das Individuum. Darüber hinaus werden sie gesellschaftlich legitimiert (durch Hegemoniepraktiken universalisiert) und mit Kontrollmechanismen ausgestattet (vgl. Berger/Luckmann 2004: 64f). Gerade deshalb betonen Berger und Luckmann, dass wir uns immer wieder ins Bewusstsein rufen müssen, „daß die Gegenständlichkeit der institutionalen Welt, so dicht sie sich auch dem Einzelnen darstellen mag, von Menschen gemachte, konstruierte Objektivität ist“ (Berger/Luckmann 2004: 64). Diese Auffassung von Hegemonie bildet die Voraussetzung für intendierte dekonstruktive Prozesse der Verflüssigung von gesellschaftlicher Objektivität. Es gilt also, den gesamten Kreislauf der permanenten Umwandlung von erster in zweite Natur in den Blick zu nehmen: *„Gesellschaft ist ein menschliches Produkt. Gesellschaft ist eine objektive Wirklichkeit. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Produkt.“* (Berger/Luckmann 2004: 65; Hervorhebung im Original)

Verschiebungen zwischen innerer und äußerer sowie zwischen erster und zweiter Natur

Im Zusammenhang mit dem objektiven Charakter der zweiten (inneren und äußeren) Natur steht die Frage nach (der Einschätzung) ihrer Beeinflussbarkeit. Auch in Bezug auf die erste (innere und äußere) Natur wird die intentionale Beeinflussbarkeit je nach Kontext und Subjektposition unterschiedlich eingeschätzt. Die Grenze zwischen dem Gegebenen und dem Beeinflussbaren wird stets neu gezogen, sie ist nicht statisch, sondern wird in jeder Handlungssituation neu hergestellt (vgl. Gill 1998: 233).

„Ob eine zunächst gegebene stoffliche Struktur, ursprünglich oder bereits hergestellt, ob ein zunächst gegebenes (institutionelles) Verhaltensmuster, instinktiver oder doch eher konventioneller Art, als unabänderlich hingenommen oder als beeinflussbar angesehen wird, das hängt vom Handlungswillen und vom Handlungsvermögen des relevanten Akteurs ab.“ (Gill 1998: 233f)

Somit entsteht ein – von den als gegeben angesehenen festen Strukturen (erster und zweiter Natur) nicht klar getrennter, sondern durchlässiger – Bereich von beeinflussbaren Stoffqualitäten und Handlungsweisen. In Bezug auf ihre (zugeschriebene und tatsächliche) Beeinflussbarkeit weisen innere und äußere Natur ähnliche Eigenschaften auf. Ihre diesbezügliche Ähnlichkeit trägt zur Verwischung der Unterscheidung von innerer und äußerer Natur bei. Darüber hinaus besteht zwischen technischen Artefakten und Sozialstrukturen ein wechselseitiges Stützungsverhältnis, das die analytische Unterscheidung zusätzlich erschwert (vgl. Gill 1998: 233f). So kommt es zur Vermischung von gesellschaftlichen Traditionen und stofflicher Natur. Alltagssprachlich wird mit dem Adjektiv ‚natürlich‘ „schlicht auf Gegebenes und daher vermeintlich nicht Begründungspflichtiges [verwiesen; T. K.], gleichgültig ob es sich um ursprüngliche stoffliche Strukturen *oder* hergestellte stoffliche Strukturen *oder* um gesellschaftliche Strukturen handelt“ (Gill 1998: 233; Hervorhebungen im Original).

Neben dieser Vermischung von innerer und äußerer Natur finden auch Verschiebungen zwischen erster und zweiter Natur sowie zwischen nicht beeinflussbaren und beeinflussbaren Bereichen statt – und zwar sowohl in faktischer als auch in definitorischer Hinsicht. In faktischer Hinsicht kommt es grundsätzlich durch die Umwandlung von erster in zweite Natur zu Verschiebungen. Darüber hinaus unterliegen sowohl erste als auch zweite Natur durch ihren permanenten Einbezug in Handlungssituationen einer stetigen, wenn auch oft minimalen, Veränderung. Die permanente (Re-)Produktion von Natur in sozialen Praktiken impliziert zwangsläufig Wandlungsprozesse. In definitorischer Hinsicht werden Verschiebungen von dem Bereich der als nicht beeinflussbar geltenden Natur in den Bereich der als beeinflussbar geltenden Phänomene vorgenommen und vice versa. Die Verschiebung von stofflichen oder sozialen Strukturen und Verhaltensweisen in den Bereich der nicht beeinflussbaren Natur fasst Gill als *Naturalisierung*. Da Naturalisierungen immer auch Handlungen oder Unterlassungen sowie unerwünschte Handlungsfolgen rechtfertigen – durch den Verweis auf deren Alternativlosigkeit bzw. auf die Ohnmacht von Akteur_innen – verwendet er auch den Begriff der ‚legitimatorischen Diskurse‘ (vgl. Gill 1998: 234f). Ich würde in dem Zusammenhang nicht von Diskursen, die ich auf einer höheren Abstraktionsebene ansiedele, sondern von *legitimierenden Effekten* sprechen. Die umgekehrte Verschiebung von Phänomenen in den Bereich des Beeinflussbaren bezeichne ich als *De-Naturalisierung*. Die damit verbundenen Verweise auf mögliche Alternativen bzw. auf die Wirkmächtigkeit von Akteur_innen stellen immer auch Handlungen oder Unterlassungen in Frage, insbesondere bei unerwünschten Handlungsfolgen. Insofern könnte man bei denaturalisierenden sozialen Praktiken von *delegitimierenden Effekten* sprechen.

Neben dieser legitimatorischen Dimension beinhalten Unterscheidungen zwischen nicht beeinflussbarer Natur auf der einen und dem beeinflussbaren Bereich auf der anderen Seite auch eine normative Dimension. Die normative Dimension gibt eine Antwort auf die Frage, ob Ursprüngliches oder Hergestelltes verändert werden darf bzw. verändert werden soll. So gehen Praktiken des Naturschutzes, des Denkmalschutzes oder der Traditionspflege von der Veränderbarkeit bestimmter – als schützenswert betrachteter – Phänomene aus, weshalb sie aktiv versuchen, Wandlungsprozesse zu unterbinden. Umgekehrt können soziale Praktiken darauf zielen, die Veränderung bestimmter Phänomene, die als schädlich, hässlich oder negativ gelten, anzustreben (vgl. Gill 1998: 235).

Die konstruktivistische Perspektive auf die gesellschaftlichen Unterscheidungen zwischen Natur und Gesellschaft

Um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen, was es bedeutet, die ökologische Krise aus konstruktivistischer Perspektive in den Blick zu nehmen, fasse ich die bisherigen Ausführungen kurz zusammen. Sozialen Handlungen liegen ganz verschiedene Unterscheidungen zugrunde: zwischen innerer und äußerer Natur, zwischen erster und zweiter Natur (bzw. Gesellschaft) sowie zwischen beeinflussbaren und nicht beeinflussbaren Phänomenen. Diese Unterscheidungen haben immer eine legitimatorische und eine normative Dimension. Die Art und Weise wie zwischen Natur und Gesellschaft unterschieden wird und welche (de-)legitimierenden Effekte und normativen Forderungen damit verknüpft sind, ist entscheidend für Gesellschaftsordnungen im Allgemeinen und die gesellschaftlichen Reaktionen auf die ökologische Krise im Besonderen. Der Beitrag einer konstruktivistischen Perspektive für die Analyse der ökologischen Krise besteht dementsprechend darin, die in der Gesellschaft getroffenen Unterscheidungen in Bezug auf ihre Implikationen und Konsequenzen zu analysieren.

2.2.2 Die ökologische Krise aus diskurstheoretischer Perspektive

Nachdem ich allgemein in die konstruktivistische Perspektive auf die ökologische Krise eingeführt habe, stelle ich im Folgenden den Ansatzpunkt der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse dar – vor allem im Hinblick auf die legitimatorischen und normativen Dimensionen der Unterscheidungen von Natur und Gesellschaft. Die Grundannahme einer kontingenten Gesellschaft, deren Ordnung permanent durch die Hegemoniepraktiken miteinander konkurrierender Hegemonieprojekte (re-)produziert wird, bestimmt den Blick der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse auf Natur und Gesellschaft.

In der hier vertretenen Forschungsperspektive wird davon ausgegangen, dass das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hergestellt wird und somit hegemonial strukturiert ist. Damit ist weder gemeint, dass es Natur außerhalb sozialer Praktiken nicht gäbe, noch, dass soziale Praktiken Natur beliebig formen könnten. Die Annahme ist schlicht, dass es verschiedene Möglichkeiten der Gestaltung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft gibt und dass die jeweils dominante Art und Weise der Naturaneignung ein Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ist. In Bezug auf die legitimatorische Dimension der Unterscheidung zwischen Natur und Gesellschaft nimmt die diskurstheoretische Hegemonieanalyse damit tendenziell eine denaturalisierende Perspektive ein. Wie alle konstruktivistischen Theorien eignet sie sich zur Dekonstruktion vermeintlich unberührter oder angeborener (erster) Natur als gesellschaftlich produzierte (zweite) Natur. Im Fokus der dekonstruktivistischen Forschungsarbeit stehen die gesellschaftlichen Prozesse der Vergegenständlichung und der Naturalisierung. Diese werden als konfliktbehaftete Aushandlungsprozesse verstanden. Gesellschaften und ihr Verhältnis zur Natur erscheinen damit als prinzipiell veränderbar und ihre historische Gestalt durch bestimmte Diskurse geschaffen. Insofern hat diese Perspektive tendenziell delegitimierende Effekte in Bezug auf die Unterscheidung von Natur und Gesellschaft.²⁰

20 Allerdings ist mit dieser theoretischen Perspektive auch eine Skepsis gegenüber den Handlungsspielräumen (im Sinne einer intendierten Veränderung gesellschaftlicher Strukturen) von Akteur_innen verbunden. Die Annahme einer kontingenten Gesellschaftsordnung, die durch Diskurse strukturiert wird, hat ein komplexes Verständnis von Subjekt und Struktur zur Folge. Subjekte (re-)produzieren die Strukturierung durch Diskurse, indem sie ihre partikularen Interessen in Diskurse einschreiben, bestimmte Hegemonieprojekte vorantreiben usw. Umgekehrt ermöglichen und beschränken Diskurse bestimmte soziale Praktiken (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 113f). Akteur_innen werden also von Diskursen geprägt und nehmen Subjektpositionen ein. Diese führen sie allerdings nicht mechanisch, sondern aktiv aus, wodurch wiederum Veränderungen der Diskurse ausgelöst werden. Gerade aufgrund der Prekarität der Strukturierung, der Risse und Brüche der Diskurse sowie der Hybridität der Konsense, ergeben sich Gestaltungsspielräume für Subjekte (vgl. Bedall 2014: 50). Diese Gestaltungsspielräume wiederum können nicht unabhängig von ihrem strategisch-selektiven Kontext betrachtet werden (vgl. Wullweber 2010: 79). Die Gesellschaft als kontingent zu verstehen meint somit, weder von einer Zufälligkeit (was einer Abwesenheit von Struktur gleich käme) noch von einer Notwendigkeit (im Sinne einer kompletten Determinierung) sozialen Handelns auszugehen (vgl. Wullweber 2010: 63).

Was die normative Dimension der Unterscheidung von Natur und Gesellschaft betrifft, so geht die diskurstheoretische Hegemonieanalyse davon aus, dass die Prozesse der Verstetigung und Verflüssigung der zweiten Natur notwendigerweise konflikthaft und machtgeprägt sind. Eine wie auch immer geartete konfliktlose und in keinerlei Hinsicht exkludierende Organisationsweise von Gesellschaft ist aus diskurstheoretischer Perspektive nicht denkbar. Der dekonstruktivistische Ansatz zielt also darauf, die Genese der aktuellen Diskursorganisationen und die in ihr eingeschriebenen partikularen Interessen herauszuarbeiten. Auf dem Prüfstand steht die historisch geronnene Organisation von Gesellschaft, die als kontingent, d. h. als eine Möglichkeit neben anderen, reflektiert wird. Darauf können normative Vorstellungen von Verflüssigung, von (Re-)Politisierung und gegenhegemonialen Projekten aufbauen. Die konkreten normativen Orientierungen können allerdings nicht aus der Diskurstheorie abgeleitet werden, sondern gelten als politische Entscheidungen.

Die Stärke der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse für die Betrachtung sozial-ökologischer Phänomene liegt m. E. darin, dass sie die gesellschaftlichen Konstruktionen von Natur und Gesellschaft und damit die Auseinandersetzungen um die Verschiebungen zwischen Natur und Gesellschaft in den Blick nimmt. Dies ist zentral für die Analyse der ökologischen Krise, die erst mit der Durchsetzung einer denaturalisierenden Perspektive auf ökologische Probleme zu einer Krise mit delegitimierenden Effekten wurde. Schließlich liegt der Grund für die Politisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse als ökologische Krise in der Etablierung einer dreifachen Problematisierung: Erstens wird davon ausgegangen, dass die aktuellen Umweltprobleme gesellschaftlich relevant sind. Zweitens beinhaltet die Krisendiagnose die Annahme, dass ökologische Probleme zunehmend gesellschaftlich verursacht werden. Daraus folgt drittens, dass die herkömmlichen Institutionen und Strukturen in ihrer jetzigen Form nicht angemessen auf die ökologischen Probleme reagieren können (vgl. Brand 2010: 143). Das Festhalten am *business as usual* wird damit delegitimiert. In Bezug auf den Klimawandel zeigt sich die dreifache Problematisierung wie folgt: Erstens wird davon ausgegangen, dass der Klimawandel eine ernst zunehmende Bedrohung darstellt, die gesellschaftlich bearbeitet werden muss. Zweitens gilt der Klimawandel als anthropogen verursacht. Drittens wird daraus geschlossen, dass der Klimawandel von den bestehenden Strukturen nicht reibungslos bearbeitet werden kann. Diese dreifache Problematisierung und die damit verknüpfte offene Frage nach der ‚richtigen‘ Reaktion auf die ökologische Krise zieht politische Aushandlungsprozesse nach sich. Für die Analyse dieser konflikthaften Aushandlungsprozesse eignet sich die diskurstheoretische Hegemonieanalyse. Allerdings hat die diskurstheoretische Hegemonieanalyse als allgemeine Gesellschaftstheorie kein spezifisches Konzept für die Bearbeitung sozial-

ökologischer Forschungsfragen. Ein derartiges Konzept wäre aber hilfreich, um den Besonderheiten der äußeren Natur als Untersuchungsgegenstand gerecht zu werden.

Angesichts der drängenden Beschäftigung mit der ökologischen Krise ist es zentral, die Relevanz der äußeren Natur für gesellschaftliche Prozesse anzuerkennen. In der Tendenz fokussieren die Sozialwissenschaften auf die Prozesse der (Re-)Konstruktion der inneren Natur, weshalb sie lange Zeit nicht adäquat auf die gesellschaftlichen Herausforderungen durch die ökologische Krise reagierten (zur Kritik vgl. Brand/Görg 2003: 16f; Görg 2003a: 9ff; Jahn/Wehling 1998: 75ff). Insofern plädiere ich dafür, der ökologischen Krise als Untersuchungsgegenstand einen besonderen Stellenwert einzuräumen und die äußere Natur, auch was das Analyseinstrumentarium betrifft, nicht außer Acht zu lassen. In dieser Hinsicht hat es bereits verschiedene Versuche gegeben, an die es anzuknüpfen gilt (vgl. Jahn/Wehling 1998: 78ff). Die Ignoranz gegenüber ökologischen Themen steht – insbesondere in modernisierungstheoretischen Ansätzen – teilweise im Zusammenhang mit einem Optimismus bezüglich der Gestaltung der äußeren Natur nach menschlichen Wunschvorstellungen (vgl. Brand/Görg 2003: 17). Dabei geht die Aufmerksamkeit für das Scheitern von Konstruktionsprozessen verloren. Gerade die ökologische Krise zeigt jedoch, wie wichtig es ist, destabilisierende Momente und nicht-intendierte Folgen von Konstruktionsprozessen in die Analyse mit einzubeziehen. Dafür braucht es theoretische Begriffe, mit denen die Momente der Widerständigkeit und Unverfügbarkeit der Natur sowie deren Auswirkungen auf die Auseinandersetzungen um die Fundierung der Gesellschaftsordnung in den Blick geraten (vgl. Gill 1998: 246; Jahn/Wehling 1998: 77). Um den genannten Herausforderungen begegnen zu können, welche die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit der ökologischen Krise mit sich bringt, werde ich im Folgenden das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in meine Forschungsperspektive integrieren.

2.2.3 Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Bei der Darstellung des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse orientiere ich mich an Görgs Ausarbeitungen. Görgs Ansatz eignet sich m. E. besonders gut zur Integration in die Forschungsperspektive der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse, da er auf die historische Genese gesellschaftlicher Phänomene fokussiert. Damit stehen Gestaltungsspielräume, strukturelle Zwänge, Macht- und Herrschaftsverhältnisse sowie konflikthafte Aushandlungsprozesse im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses.²¹

21 Alternativ wäre eine Orientierung an den ähnlich gelagerten Arbeiten des *Instituts für sozial-ökologische Forschung* möglich gewesen. Allerdings fokussieren diese auf vitale

Görg erarbeitet das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Rückgriff auf die klassische Kritische Theorie. Dabei bezieht er sich insbesondere auf die „Dialektik der Aufklärung“ (Horkheimer/Adorno 2009) und auf verschiedene andere Schriften von Theodor W. Adorno. Das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bildet den zentralen Ansatzpunkt seiner „kritischen Theorie der ökologischen Krise“ (Görg 2003a). Seine Überlegungen zu den Vermittlungsverhältnissen von Individuum, Gesellschaft und Natur zielen letztlich „auf die Kritik eines dominanten Paradigmas von Naturbeherrschung, das zwar mit der Erosion des Berechenbarkeitsglaubens heute seinen Gehalt gewandelt hat, aber in veränderter Form und strukturell verankert in gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen (insbesondere in geschlechtsspezifischen, aber auch in ökonomisch-politischen) nach wie vor als Grenze von Gestaltungsfähigkeit auftritt“ (Görg 2003a: 21f).

Ausgangspunkt des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist die notwendige Verschränkung von Individuum, Gesellschaft und Natur. In der klar abgrenzbaren Reinform sind die Begriffe ‚Individuum‘, ‚Gesellschaft‘ und ‚Natur‘ als analytische Konstrukte zu verstehen. Tatsächlich stehen Individuum, Gesellschaft und Natur in unhintergehbaren Vermittlungsverhältnissen (vgl. Görg 2003a: 34ff). Die Art und Weise ihrer Gestaltung hat unterschiedliche Grade an Freiheit bzw. Herrschaft zur Folge. Freiheit fasst Görg dabei als Reflexionsvermögen über die Vermittlungsverhältnisse. Herrschaft bedeutet im Umkehrschluss die Einschränkung dieser Reflexion durch dominante Deutungs- und Handlungsschemata bzw. die Unterbindung von Reflexion durch die Leugnung von Abhängigkeit.

Grundbedürfnisse des Menschen und basale gesellschaftliche Naturverhältnisse, die „sowohl für die individuelle als auch für die gesellschaftliche Reproduktion und Entwicklungsfähigkeit unverzichtbar sind“ (Becker/Hummel/Jahn 2011: 78). Auf diesen basalen gesellschaftlichen Naturverhältnissen basiert ihre normative Orientierung der Regulierung der Naturverhältnisse, so „dass alle Menschen ihre Grundbedürfnisse befriedigen können“ (Becker/Hummel/Jahn 2011: 79). Diese Schwerpunktsetzung mag sinnvoll sein, um transdisziplinäre und angewandte Forschung zu ermöglichen (vgl. Becker/Hummel/Jahn 2011: 78ff). Aus einer diskurstheoretischen Perspektive stellt der Ansatz aber eine verkürzte Reflexion der Kontingenz des Vermittlungszusammenhangs von Mensch, Gesellschaft und Natur dar. Diesbezüglich betont auch Görg, dass es keine Trennung zwischen ‚notwendiger‘ bzw. ‚natürlicher‘ auf der einen und ‚dekadenter‘ bzw. ‚künstlicher‘ Naturaneignung auf der anderen Seite geben kann. Stattdessen gilt es, in Bezug auf das Verhältnis zur Natur scheinbare Sachzwänge und Notwendigkeiten als historische Ergebnisse hegemonialer Aushandlungsprozesse zu erkennen und Potenziale gesellschaftlicher Freiheit auszuloten (vgl. Görg 2003a: 42f; Görg 2003b: 119f).

„In der Konstellation dieser drei Momente [Naturbeherrschung, soziale Herrschaft und Herrschaft im Subjekt; T. K.] kann also ein Grundmodell von Herrschaft in der Erlangung und Durchsetzung von *Selbstständigkeit* gesehen werden, sofern diese durch die *Verleugnung von Abhängigkeit* erkaufte wird.“ (Görg 2003a: 36f, Hervorhebungen im Original)

Dieses Verständnis von Herrschaft und Freiheit wird in der folgenden Diskussion des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse aufgegriffen werden. Im Sinne einer Einführung in das Konzept stelle ich zunächst die Grundannahmen und zentralen Begriffen dar. Abschließend fasse ich die Aspekte zusammen, die für die Integration des Konzepts in die Forschungsperspektive der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse besonders relevant sind.

Die Nichtidentität der Natur

Ausgangspunkt des Konzepts der gesellschaftlichen Naturverhältnisse ist die Annahme, dass sich die ökologische Krise von anderen gesellschaftlichen Herausforderungen unterscheidet, weil die Natur besondere Eigenschaften besitzt (für den gesamten Absatz vgl. Görg 2003a: 41; Görg 2003b: 123). Es bedarf eines elaborierten Begriffs von Natur, um ihren Eigensinn in den Blick zu bekommen, der sich insbesondere beim Scheitern gesellschaftlicher Konstruktionsprozesse – in der ökologischen Krise – zeigt. Diese Besonderheit bezeichnet Görg als Nichtidentität der Natur. Die Akzeptanz der Nichtidentität der Natur bedeutet die Anerkennung der Natur als Anderes, d. h. der Einsicht, dass Natur im Menschen und in der Gesellschaft ist, ohne mit ihr identisch zu sein. Natur wird somit als eine dem Menschen fremde (äußere wie innere) Bedingung seiner Existenz gefasst. Der Begriff der Nichtidentität steht für die Reflexion darüber, dass Natur in allen sozialen Prozessen involviert ist und dieses Implikat immer auch Momente der Unverfügbarkeit und Widerständigkeit behält.

Naturaneignung

Natur ist in allen sozialen Praktiken involviert, „weil in den gesellschaftlichen Prozess immer materiell-stoffliche Elemente eingehen und dieser damit auf den Stoffwechsel mit der Natur angewiesen ist“ (Brand/Görg 2003: 17). Auf dieser basalen Ebene kann die Gesellschaft „aus den Abhängigkeiten im Verhältnis zur Natur grundsätzlich nicht entkommen“ (Brand/Görg 2003: 17). Insofern gibt es immer eine gesellschaftliche Gestaltung des Verhältnisses von Mensch und Natur, die beispielsweise die Art und Weise der physikalisch-chemischen Umwandlung von Stoffen sowie deren Verteilung und Konsumtion betreffen. Diese Gestaltung bezeichnet Görg als Naturaneignung (für den gesamten Absatz vgl. Görg 2003a: 42f; Görg 2003b: 119f). Auch wenn Naturaneignung eine gesellschaftliche Notwendigkeit ist,

so unterliegt ihre konkrete Form doch immer spezifischen Deutungen und Praktiken, die gesellschaftlich konstruiert werden. Fasst man also die je spezifische Form der Naturaneignung als gesellschaftliches Produkt, geraten zwangsläufig Gestaltungsspielräume in den Blick. Es kann dabei keine Trennung zwischen ‚notwendiger‘ bzw. ‚natürlicher‘ auf der einen und ‚dekadenter‘ bzw. ‚künstlicher‘ Naturaneignung auf der anderen Seite geben, denn dies würde eine Naturalisierung des gesellschaftlichen Verhältnisses zur Natur bedeuten. Stattdessen gilt es, in Bezug auf das Verhältnis zur Natur scheinbare Sachzwänge und Notwendigkeiten als historische Ergebnisse gesellschaftlicher Aushandlungen zu erkennen und Potenziale gesellschaftlicher Freiheit auszuloten.

Die falsche Alternative

In den Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Naturaneignung herrscht laut Görg eine ‚falsche Alternative‘ vor (für den gesamten Absatz vgl. Görg 2003a: 41ff). Mit der falschen Alternative sind die Forderungen nach Unterordnung unter eine vermeintliche Ordnung der Natur bzw. nach Unterwerfung der Natur gemeint. In beiden Fällen wird eine bestimmte Deutung des Mensch-Natur-Verhältnisses festgeschrieben und die Kontingenz der Vermittlung geleugnet. Im ersten Fall werden Naturgesetze proklamiert, welche die Ausgestaltung der Gesellschaft bestimmen sollen. Damit werden Notwendigkeiten geschaffen und die prinzipielle Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Naturverhältnisse negiert. Diese Naturalisierung leugnet das Vermittlungsverhältnis von Natur und Gesellschaft und schreibt einen bestimmten Zustand gesellschaftlicher Naturverhältnisse fest. Damit wird die historische Genese der gesellschaftlichen Naturverhältnisse unterschlagen und die Reflexion über ihre Gestaltung eingeschränkt. Im zweiten Fall wird die Nichtidentität der Natur als Existenzbedingung für Gesellschaft geleugnet. Infolgedessen wird eine Kontrolle, eine Unterwerfung der Natur angestrebt. Diesen Pol der falschen Alternative arbeitet Görg genauer heraus, weil die Naturbeherrschung nicht nur die ökologische Krise verursacht hat, sondern auch bei den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um ihre Bearbeitung das dominante Paradigma darstellt (vgl. Görg 2003a: 21f).

Naturbeherrschung

Naturbeherrschung stellt eine spezifische Form der Naturaneignung dar. In Bezug auf das bereits genannte Kriterium für Herrschaft – die Leugnung der Eigenständigkeit eines Anderen als die Bedingung der eigenen (vermeintlichen) Unabhängigkeit – zeichnet sich Naturbeherrschung durch die Subsumtion der Natur unter die gesellschaftlichen Funktionslogiken und der damit einhergehenden Negation der Natur als etwas Selbstständiges aus (vgl. Görg 2003a: 43ff).

Görg unterscheidet dabei Naturbeherrschung als „begriffliche Konstitution“ und Naturbeherrschung als „technisch-praktische Verfügung über Natur“ (Görg 2003a: 43). Naturbeherrschung als begriffliche Konstitution löst das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft entweder in Richtung Natur oder in Richtung Gesellschaft auf. Im ersten Fall wird die gesellschaftliche Vermittlung von Natur und die gesellschaftliche Konstruktionsleistung, die allen Naturbegriffen zugrunde liegt, geleugnet. Durch das „begrifflich-identifizierende Denken“ (Görg 2003c: 46), d. h. durch die Subsumtion von Natur unter „gesellschaftliche Klassifikationsschemata“ wird eine „Ordnung der Natur“ (Görg 2003a: 43) konstituiert, die der Mensch zu kontrollieren, die er zu unterwerfen hat. In dieser begrifflichen Konstruktion von Natur, die sich selber als direkten, als objektiven Zugriff auf Natur versteht, wird die konkrete Mannigfaltigkeit des natürlichen Geschehens dequalifiziert (vgl. Görg 2003a: 43; Görg 2003c: 46), wodurch Natur „zur beliebigen Projektionsfolie gesellschaftlicher Zwecksetzungen degradiert“ (Görg 2003b: 127) wird. Im zweiten Fall wird von der vollkommenen Kontingenz der gesellschaftlichen Konstruktionen ausgegangen und damit die uneingeschränkte Unabhängigkeit von jeglichem Naturmoment oder Substrat der Natur postuliert. Damit werden die Momente der Unverfügbarkeit und der Widerständigkeit, die Natur als nichtidentisches Andere auszeichnen, ignoriert (vgl. Görg 2003a: 43).

Naturbeherrschung als technisch-praktisches Verhältnis bedeutet eine Naturaneignung, die sich ausschließlich an Maßgaben gesellschaftlicher Strukturmerkmale orientiert. Dabei wird der Natur kein Eigenwert beigemessen. Dies führt letztlich zu Naturausbeutung, die gezügelte bis schrankenlose Formen annehmen kann. Die Entscheidung über die Quantität der Naturausbeutung richtet sich dabei rein nach den (historisch institutionalisierten) gesellschaftlichen Funktionslogiken (vgl. Görg 2003a: 43f). Das Wissen um die langfristige Abhängigkeit von einer bestimmten Naturressource kann durchaus zu gezügelter Ausbeutung führen. Der Beweggrund liegt dann allerdings in der Vermeidung zukünftiger Engpässe – ohne dass der Natur Geltung ein Eigensinn zugestanden würde.

Die zweite Reflexion und Selbstkritik als gesellschaftliche Freiheit

Laut Görg führt Naturbeherrschung nicht zu gesellschaftlicher Freiheit. Nicht die „Verfügbarkeit materiell-stofflicher Ressourcen, sondern die Nicht-Festgelegtheit: Sich keinen Alternativen beugen zu müssen“ (Görg 2003a: 43) sieht Görg als Maßstab für gesellschaftliche Freiheit. Freiheit besteht für ihn in der Unabhängigkeit von Zwängen. Freiheit kann demnach nur über die Reflexion gesellschaftlicher Naturverhältnisse – unabhängig von der starren Alternative zwischen Unterordnung unter die Natur und Beherrschung der Natur – erreicht werden. Insofern ist festzu-

halten, dass das naturbeherrschende Denken und Handeln nicht nur die Bedingungen der menschlichen Existenz zerstört, sondern gleichzeitig die gesellschaftlichen Möglichkeiten zur Reflexion und Selbstverwirklichung nicht ausschöpfen kann, da es die Vermittlung zwischen Natur und Gesellschaft leugnet (vgl. Görg 2003a: 41). Gestaltungsspielräume können ausschließlich dann wachsen, wenn die gesellschaftliche Konstruktion der scheinbaren Sachzwänge und Notwendigkeiten aufgedeckt und als Ergebnis von institutionalisierten Machtbeziehungen gesehen wird (vgl. Görg 2003a: 43).

Mit dem von Adorno übernommenen Begriff der ‚zweiten Reflexion‘ wendet sich Görg gegen die – weiter oben als begriffliche Konstitution der Naturbeherrschung beschriebene – Auflösung des Vermittlungsverhältnisses von Natur und Gesellschaft in die eine oder die andere Richtung (für den gesamten Absatz vgl. Görg 2003a: 47ff; Görg 2003b: 123). Die zweite Reflexion baut auf der ersten – der Reflexion darüber, dass wir die Natur an sich nicht wahrnehmen können, sondern Natur immer konstruierte Natur ist – auf, geht aber über diese hinaus. Zweite Reflexion bedeutet insofern, Natur nicht nur als Ergebnis gesellschaftlicher Konstruktionsprozesse zu betrachten, sondern ihren Eigensinn in Rechnung zu stellen. Das impliziert zu reflektieren, dass Natur nicht in ihrer Konstruktion aufgeht. Mit dem Begriff der zweiten Reflexion weist Görg darauf hin, dass Natur stets mehr ist als wir wahrnehmen können. Nicht nur, aber auch gerade in Momenten des Scheiterns der Naturaneignung ist eine Erfahrung von der Widerständigkeit eines Objekts möglich. Die Erfahrung der Nichtidentität der Natur ist somit der Ausgangspunkt für eine zweite – weil über das Objekt vermittelte – Reflexion.

Die Erinnerung der Natur im Menschen und in der Gesellschaft stellt für Görg die Voraussetzung für Selbstkritik im radikalen Sinne dar. Der erste Schritt der ‚Wiedergutmachung am Nichtidentischen‘ besteht in der Anerkennung der Natur als Anderes und der Einsicht, dass Natur im Menschen und in der Gesellschaft ist, ohne mit ihr zusammenzufallen (vgl. Görg 2003a: 52). Insofern ist die Annahme einer Differenz von Mensch und Natur konstitutiv für die Reflexion ihrer Vermittlung. Görg lehnt die Interpretation des Verhältnisses von Mensch und Natur als Dualismus ab, welche die Leugnung der Natur im Menschen impliziert und damit auf Kontrollierbarkeit, auf Naturbeherrschung zielt (vgl. Görg 2003a: 41). Gleichzeitig positioniert er sich gegen die Aufhebung der Differenz zwischen Mensch und Natur (was die Forderung nach einer Unterordnung unter eine scheinbar natürliche Ordnung zur Folge hätte). Dementsprechend enthält GörGs Ansatz kein ontologisches Primat der Natur, wie dies in biozentristischen Ansätzen der Fall ist. Insofern zielt

die zweite Reflexion „auf die Selbstkritik von Konstruktionsprozessen und auf ihre gesellschaftliche Veränderbarkeit“ (Görg 2003a: 49).²²

Die unreduzierte Erfahrung als normativer Fluchtpunkt

Diese doppelte Ablehnung – des Dualismus und der Aufhebung der Differenz – liegt auch Görgs Konzept der unreduzierten Erfahrung zugrunde. Inhaltlich greift Görg dabei auf Adornos Perspektive der ‚Versöhnung mit der Natur‘ zurück (vgl. Görg 2003a: 60).²³ Für die unreduzierte Erfahrung ist das Bewusstsein, dass man in der Aneignung der Natur dieser auch verhaftet bleibt, genauso wie die „kulturelle Besonderung des Menschen von der Natur“ (Görg 2003a: 52) konstitutiv. Eine theoretische Perspektive kann nicht von der immer wieder in der Gesellschaft vorgenommenen Unterscheidung von Natur und Gesellschaft absehen. Die gesellschaftlichen Konstruktionen von Gesellschaft basieren auf der Abgrenzung von Natur und vice versa: Gesellschaft wird als das Andere der Natur und Natur als das Andere der Gesellschaft angesehen. Diese Unterscheidungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen müssen analysiert werden, denn nur so kann die Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse erfasst werden. Deshalb kann der Weg aus dieser Krise nicht darin liegen, die Differenzierungen zwischen Natur und Gesellschaft zu überspielen (vgl. Görg 2003a: 52f).²⁴

-
- 22 Ähnlich argumentiert Pelfini mit dem Begriff der *Reflexivität*, den er von *Reflexion* abgrenzt. Reflexivität fasst er als Reflexion der Reflexion im Sinne einer Selbstkonfrontation der Moderne mit ihren Basisprinzipien (vgl. Pelfini 2005: 92; Pelfini 2006: 153). Reflexivität geht über die einfache Reflexion nicht-intendierter Nebenfolgen der Industriemoderne hinaus, indem sie „eine Bereitschaft zur Selbstkritik und zum vorsichtigen Umgang mit den Folgen menschlichen Handelns“ (Pelfini 2006: 154) signalisiert. Pelfini spitzt sein Konzept von Reflexivität zu, indem er es als politisches Projekt begreift, das die etablierte Deutung des Verhältnisses von Natur und Gesellschaft in Frage stellt. „Sie besteht aus dem Bewusstsein, dass eine absolute Beherrschung der Natur unmöglich ist.“ (Pelfini 2006: 160)
 - 23 Görg plädiert allerdings dafür, anstatt wie Adorno von ‚Versöhnung mit der Natur‘, von einer unreglementierten oder unreduzierten Erfahrung zu sprechen. Gegenüber dem Begriff der Versöhnung hat er Vorbehalte, weil dieser an die Idee einer unabhängig vom Menschen existierenden unberührten Natur erinnert. Dies sei missverständlich, da die gesamte Argumentation von einer immer schon vergesellschafteten Natur ausgehe (vgl. Görg 2003a: 60).
 - 24 Ähnlich argumentiert Gill, wie ich in Kapitel 2.2.1 ausführe (vgl. Gill 1998: 223, 246f).

Der normative Fluchtpunkt besteht bei Görg deshalb darin, Natur als Anderes wahrzunehmen statt gesellschaftlichen Kategorien und Funktionslogiken unterzuordnen. Natur soll etwas Fremdes bleiben, mit Eigenheiten, auf die der Mensch weder direkten Zugriff hat noch anstrebt (vgl. Görg 2003a: 52f). Die Respektierung der Natur als Fremdes beinhaltet nicht die Unterordnung des Menschen unter die Natur. Mit der Forderung nach einer unreduzierten Erfahrung ist vielmehr ein „Eingedenken“ des „Ich als Natur“ (Görg 2003a: 54) gemeint. Dies bedeutet nicht ein Verhältnis zur Natur jenseits von gesellschaftlicher Konstruktion von Natur. Da ein derart direktes Verhältnis zur Natur nicht möglich ist, wird die „bewusste Projektion“ (Görg 2003a: 40) zum Ideal. Damit „zielt diese Utopie auf die gleichzeitige Freisetzung von Reflexionsfähigkeit und mimetischer Gegenstandserfahrung“ (Görg 2003a: 40).

Die Forderung nach unreduzierter Reflexion bezieht sich auf zwei Ebenen: Zum einen soll die Nichtidentität von Natur reflektiert werden und damit dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Natur nicht in begrifflichen Vermessungen aufgeht, sondern sich immer auch der begrifflichen Identifikation entzieht (vgl. Schäfer 2004: 84). Zum anderen soll dem mimetischen Moment, der bildhaften (als Ergänzung der zeichenhaft-begrifflichen) Annäherung an eine „rätselhaft bleibende Welt“ (Schäfer 2004: 59) Raum gewährt werden. Damit kann Adorno, auf den Görg hier zurückgreift, aber keine vermeintlich ursprüngliche Einheit von Mimesis und Rationalität meinen. Kritisiert wird nicht die begriffliche Rationalität – der Anspruch des (begrifflichen) Begreifens der Natur – per se, sondern ihr totalitärer Charakter. Kritisiert wird die Verabsolutierung des identifizierenden Umgangs mit Natur, der von den singulären qualitativen Eigenschaften des begrifflich erfassten Gegenstands absieht (vgl. Schäfer 2004: 64ff). Stattdessen soll das scheinbar absolut getrennte – Natur und Gesellschaft, Mimesis und Rationalität, Subjekt und Objekt – „in seinem wechselseitigen Bezug“ (Schäfer 2004: 84) erkannt werden.

„Eine solche Dialektik von Bild und Zeichen hebt deren Trennung nicht auf, aber sie könnte eine Perspektive erlauben, in der dieser wechselseitigen Vorausgesetztheit Gerechtigkeit widerfahren könnte – jenseits von Herrschaft.“ (Schäfer 2004: 84)

Der Begriff der gesellschaftlichen Naturverhältnisse

Abschließend fasse ich nun die Aspekte zusammen, die für die Integration des Konzepts in die Forschungsperspektive der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse besonders relevant sind. Der Begriff der *gesellschaftlichen* Naturverhältnisse verweist darauf, dass Natur gesellschaftlich konstruiert ist – und zwar sowohl begrifflich als auch stofflich. Entgegen dualistischen Konzepten wird hier Natur nicht als unab-

hängig von Gesellschaft gedacht. Natur ist nicht das „was quasi übrig bliebe, wenn alle gesellschaftlichen Vermittlungen abgezogen würden“ (Görg 2003b: 122). Von gesellschaftlichen Naturverhältnissen zu sprechen, bedeutet also davon auszugehen, dass es „keine unberührte Natur [gibt; T. K.] (nicht nur nicht mehr, sondern es hat sie eigentlich noch nie gegeben), denn Natur ist immer in Relation zu einer historisch bestimmten gesellschaftlichen Situation zu interpretieren, jenseits dessen die Rede von Natur keinen Gehalt hat“ (Görg 2003c: 40).

Gleichzeitig wird mit dem Begriff der gesellschaftlichen *Naturverhältnisse* angezeigt, dass es keine Autonomie des Sozialen gibt. Gesellschaft wird dagegen als grundlegend mit Natur vermittelt begriffen. Damit steht der Begriff gegen Tendenzen der Ausblendung von Natur und für die Anerkennung von Natur als Existenzbedingung für Gesellschaft (vgl. Görg 2003a: 14f, 27; Görg 2003b: 119).

„Was Gesellschaft ist und wie sie sich entwickelt, wird wesentlich dadurch bestimmt, wie Natur ganz konkret vergesellschaftet wird, d. h. wie sie sprachlich-kulturell (als kulturspezifische Naturvorstellungen oder als wissenschaftliche Naturbegriffe) und materiell-praktisch (z. B. als Ressource in der Ökonomie) in den gesellschaftlichen Prozess involviert ist.“ (Görg 2003c: 40)

Das Konzept der gesellschaftlichen *Naturverhältnisse* impliziert einerseits eine Kritik an dualistischen Vorstellungen von Natur und Gesellschaft. Andererseits betont Görg, dass Natur und Gesellschaft nicht identisch sind (vgl. Görg 2003a: 27) – wobei er Natur und Gesellschaft auch nicht als „säuberlich getrennte Gegenstandsbereiche“ (Görg 2003b: 121) versteht. Erst die Annahme einer Differenz von Mensch und Natur rückt ihr Verhältnis ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Nicht nur auf der erkenntnistheoretischen, sondern auch auf der normativen Ebene lehnt Görg eine Aufhebung der Differenz zwischen Mensch und Natur ab und steht damit gegen naturalistische Vorstellungen von Gesellschaft, die Forderungen nach einer Unterordnung unter eine scheinbar natürliche Ordnung nach sich ziehen (vgl. Görg 2003a: 41, 54). Zentral ist für ihn das Vermittlungsverhältnis von Mensch, Natur und Gesellschaft (vgl. Görg 2003a: 49).

„Natur ist zu verstehen als eine Konstruktion und gleichzeitig als das, was, obwohl in und durch Gesellschaften reproduziert, als *das Andere* von Gesellschaft, Kultur oder Technik diesen in konkreten Situationen oder Konstellationen entgegengesetzt ist. [...] Natur ist grundsätzlich nur im *Verhältnis* zu dem zu bestimmen, von dem es zugleich unterschieden, dem es tendenziell auch entgegengesetzt ist.“ (Görg 2003b: 121; Hervorhebungen im Original)

Mit diesem Fokus auf die Vermittlungsverhältnisse geht eine spezifische Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise einher. Mit dem Konzept der gesellschaftlichen *Naturverhältnisse* verbindet Görg den Anspruch, „die Ökologieproblematik

ganz eng an die konkrete Verfasstheit der Gesellschaft und insbesondere an deren Herrschaftsverhältnisse“ (Görg 2003c: 41) zu koppeln. Erkenntnistheoretisch bedeutet dies, in Herrschaftsverhältnissen die Ursache für eine Fehlentwicklung in den Naturverhältnissen auszumachen. Normativ folgt daraus, „dass erst über eine Kritik der herrschaftlichen Verfasstheit von Gesellschaften eine Alternative zur krisenhaften Vergesellschaftung der Natur zu gewinnen ist“ (Görg 2003c: 41).

2.2.4 Naturverhältnisse in der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse

Wenn sich die ökologische Krise – wie Görg argumentiert – strukturell von anderen gesellschaftlichen Herausforderungen unterscheidet, bedarf es eines spezifischen Konzepts, mit dem das Verhältnis des Menschen zur Natur adäquat untersucht werden kann. Da Görg die Analyse der ökologischen Krise sehr eng an die Analyse der allgemeinen sozialen Ordnung koppelt, kann das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse m. E. nur im Rahmen einer allgemeinen Gesellschaftstheorie sinnvoll angewendet werden. Um diesen beiden Herausforderungen gerecht zu werden, integriere ich in meiner Arbeit das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in die diskurstheoretische Hegemonieanalyse.

Diese Kombination bildet das theoretische Werkzeug für die Verfolgung meines Erkenntnisinteresses: die Analyse der re- und entpolitisierenden Prozesse im Konfliktfeld der ökologischen Krise. Sowohl die diskurstheoretische Hegemonieanalyse als auch das Konzept der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gehen von einem Primat des Politischen aus (zum Primat des Politischen vgl. Kapitel 2.1). Die Ursachen und die Bearbeitung der ökologischen Krise werden mit einer solchen Perspektive als Folge hegemonialer Kämpfe um die Ausgestaltung der Naturaneignung betrachtet. Gleichzeitig gerät damit die ökologische Krise als (möglicher) Auslöser (re-)politisierender Prozesse in den Blick.

Im Mittelpunkt der theoretischen Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise stehen dann die Fragen nach Verstetigung und Verflüssigung bestimmter Formen der Naturaneignung und deren Konsequenzen für die Diskursorganisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Mit einer solchen Perspektive können Gestaltungsspielräume dadurch erhöht werden, dass die gesellschaftlichen Konstruktionen scheinbarer Sachzwänge, natürlicher Ordnungen oder eines vermeintlich objektiven Gemeinwohls aufgedeckt und als Ergebnis von institutionalisierten Machtbeziehungen gesehen werden (vgl. Görg 2003a: 43).

Was die normativen Implikationen anbelangt, so geht die diskurstheoretische Hegemonieanalyse allerdings – im Gegensatz zu Görgs Fluchtpunkt der unreduzierten Erfahrung – nicht über den Verweis auf eine mögliche (Re-)Politisierung der ge-

sellschaftlichen Naturverhältnisse hinaus. Eine Gesellschaft bzw. gesellschaftliche Naturverhältnisse jenseits von Machtbeziehungen und Hegemoniepraktiken ist mit ihr nicht denkbar. Deshalb können aus der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse keine konkreten normativen Zielvorstellungen abgeleitet werden. Diese gelten als politische (Wert-)Entscheidungen, für die keine objektive Geltung beansprucht werden kann.

2.3 FORSCHUNGSDESIGN, AUFBAU UND METHODISCHES VORGEHEN

In diesem Kapitel erläutere ich die Argumentationsstruktur der Arbeit und mein methodisches Vorgehen. Dazu reflektiere ich zunächst allgemein die Implikationen, die sich aus einer konstruktivistischen Perspektive für den Forschungsprozess ergeben (2.3.1). Anschließend stelle ich den Aufbau des empirischen Teils dieser Arbeit vor und gehe dabei insbesondere auf das Verhältnis der verschiedenen Ebenen des von mir analysierten Untersuchungsgegenstands ein (2.3.2). Abschließend stelle ich die Interpretationsmethode dar, mit der die konkrete Feinanalyse einzelner Dokumente durchgeführt wurde (2.3.3).

2.3.1 Implikationen einer konstruktivistischen Forschungsperspektive

Im Anschluss an Reflexionen über Spezifika einer konstruktivistischen, post-strukturalistischen oder postpositivistischen Methodologie (vgl. Bedall 2014: 199ff; Glynos/Howarth 2007; Keller 2008: 268ff; Wullweber 2010: 44ff) gehe ich davon aus, dass dem Aufbau und dem methodischen Vorgehen einer Arbeit (alltags-)theoretische Grundannahmen, forschungspragmatische Entscheidungen sowie normative Setzungen zugrunde liegen. Die konstruktivistische Perspektive auf Wissenschaft verwirft das Beharren auf der Möglichkeit einer objektiven Erklärung und zielt stattdessen auf eine plausible Erklärung eines Problems. Die Plausibilität einer Erklärung kann dabei durch ein methodisches Vorgehen erhöht werden, das transparent, konsistent sowie offen und angemessen gegenüber dem zu erklärenden Problem ist.

Die Forderungen nach Offenlegung und Reflexion der eigenen Positionierung und des methodischen Vorgehens ergibt sich aus der Absage an einen vermeintlich objektiven Standpunkt. Transparenz und Nachvollziehbarkeit erhöhen die Möglichkeit der Reflexion blinder Flecken – sowohl für die Leser_innen als auch für den Forschenden selber. Insofern gilt es, über die allgemeine Darstellung der politisch-normativen Selbstverortung (vgl. Vorwort und Einleitung) und der theoretischen

Grundannahmen (vgl. Kapitel 2.1 und 2.2) hinaus, die konkreten Entscheidungen im Forschungsprozess zu reflektieren, offen zu legen und zu begründen.

Eine weitere Bedingung für die Erzeugung von Plausibilität ist Konsistenz. Die zugrunde gelegten Annahmen und das methodische Vorgehen sollten in sich wie auch im Verhältnis zueinander widerspruchsfrei sein. Weiterhin ist entscheidend, dass sich die Erklärungen schlüssig aus dem Forschungsprozess ergeben und auf die Forschungsfragen antworten.

Damit ist bereits das nächste Plausibilitätskriterium angesprochen: die Angemessenheit gegenüber dem zu erklärenden Problem. Weder Theorie noch Methodik sollten Selbstzweck sein. Beide können allerdings sinnvolle Werkzeuge für die Generierung plausibler Erklärungen sein. Im Sinne einer datenbasierten Theorie (vgl. Strauss 1998: 31) bzw. einer problemgeleiteten Forschung bedarf es einer Offenheit und Anpassungsfähigkeit der verwendeten Theorien, Konzepte und Methoden gegenüber dem Untersuchungsgegenstand (vgl. Bedall 2014: 204).

Die Problemstellung bildet somit das Zentrum und den Ausgangspunkt des Forschungsprozesses. Jede Forschung beginnt mit einer Irritation, „mit einem (theoretischen oder empirischen) Gegenstand, der unsere Aufmerksamkeit erregt“ (Wullweber 2010: 46). Einer Irritation ist kein objektives Problem inhärent, sondern eine Irritation gibt den Anlass für die Formulierung einer Problemstellung. Bereits diese Problematisierung basiert auf dem Erkenntnisinteresse sowie der politisch-normativen Positionierung und den persönlichen Erfahrungen des Forschenden. Mit diesen Vorannahmen fließen erste implizite oder explizite Hypothesen in die Definition des Untersuchungsgegenstands und die Formulierung der Forschungsfragen ein.

Im weiteren Forschungsprozess folgen induktive, deduktive und verifizierende Arbeitsschritte. In der Regel bilden diese keine separaten Arbeitsphasen, die in sequentieller Reihenfolge abgearbeitet werden können. Tatsächlich changieren die meisten empirisch arbeitenden Sozialwissenschaftler_innen kontinuierlich zwischen der induktiven Hypothesenbildung, der deduktiven Ableitung von Implikationen aus den Hypothesen und der verifizierenden Hypothesenüberprüfung am Material (vgl. Strauss 1998: 37). Die Generierung von Erkenntnis erfolgt somit in einem zirkulären Prozess, der als Retroduktion bezeichnet wird (vgl. Glynos/Howarth 2007: 18ff). Die retroduktive Zirkel-Bewegung sollte bewusst forciert werden, um vor-schnelle Schlüsse zu vermeiden sowie die normativen und theoretischen Setzungen und das methodische Vorgehen reflektieren und gegebenenfalls adaptieren oder verwerfen zu können. Dieser Prozess wird aus forschungspragmatischen Gründen mit der Formulierung einer (vorläufigen) Erklärung beendet, auch wenn der hier verfolgte Ansatz davon ausgeht, „dass niemals eine ultimative und damit objektive,

sondern immer nur eine plausible Erklärung gefunden werden kann und der Erkenntnisprozess niemals zu einem Ende führt“ (Wullweber 2010: 47).

2.3.2 Die retroduktive Erklärung

Die retroduktive Zirkel-Bewegung wiederholt sich in meiner Arbeit bei der Analyse der verschiedenen Ebenen des Untersuchungsgegenstandes. Ich oszilliere zwischen der Analyse von Artikulationen (als kleinste von mir untersuchte analytische Einheiten), ihren jeweiligen (akteurs-)spezifischen Kontexten und dem ökomodernen Hegemonieprojekt (als größte von mir untersuchte analytische Einheit).

In Kapitel 3 nehme ich die Organisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse in den Blick und untersuche die Auseinandersetzungen um die Bearbeitung der ökologischen Krise seit Ende der 1960er Jahre. Über die Interpretation von Schlüsseldokumenten und wissenschaftlichen Studien analysiere ich die Formierung, Durchsetzung und (Grenzen der) Dominanz des ökomodernen Hegemonieprojekts in der internationalen Umweltpolitik. Die Auswahl und die Interpretation der Daten folgen dabei dem Erkenntnisinteresse an den Prozessen der Öffnung und Schließung des Terrains des Politischen (vgl. Kapitel 1.1) und zielen auf die Offenlegung der hegemonialen Strukturierung der Organisation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Dabei arbeite ich bestimmte Hegemoniestrategien heraus, über die Zustimmung zum ökomodernen Projekt erzeugt wird und antagonistische Artikulationen marginalisiert werden. Gleichzeitig beleuchte ich Brüche und Risse, die auf die Prekarität der Dominanz des ökomodernen Hegemonieprojekts verweisen.

Ausgehend von den Hegemoniestrategien und den Brüchen und Rissen werden in Kapitel 4 Fragen formuliert, die mit der mikroanalytischen Untersuchung²⁵ der CCS-Konflikte in der internationalen Klimapolitik beantwortet werden sollen. Darüber hinaus begründe ich in dem Kapitel, warum die CCS-Konflikte eine besondere Rolle in den hegemonialen Kämpfen um die Bearbeitung der ökologischen Krise spielen. Meine Vermutung ist, dass sich an den Auseinandersetzungen um CCS-Technologien paradigmatisch zentrale Konflikte um die weitere Entwicklung des ökomodernen Projekts bzw. der Frage nach der (Ent-)Politisierung gesellschaftlicher Naturverhältnisse analysieren lassen.

25 Ich bezeichne diesen Teil meiner Arbeit als mikroanalytische Untersuchung, weil ich bei der Analyse der CCS-Konflikte auf mikroanalytische Methoden zurückgreife (vgl. die Ausführungen zur Feinanalyse einzelner Dokumente in Kapitel 2.3.3). Der Gegenstand der Untersuchung ist allerdings nicht auf der Mikroebene angesiedelt.

Die Betrachtung der CCS-Konflikte in Kapitel 5 beginnt mit einer Einführung in das UN-Klimaregime als zentrale Arena internationalen Klimapolitik. Darauf folgt eine Annäherung an das Konfliktfeld der CCS-Technologien. Nach dieser Erarbeitung des Kontextes analysiere ich eine konkrete Auseinandersetzung: die Kontroverse um die Zulassung von CCS-Technologien als CDM-Projekte (kurz: *CCS-CDM-Kontroverse*).

In einem eigenen Unterkapitel widme ich mich dabei zunächst der besonderen Rolle des IPCC in der *CCS-CDM-Kontroverse*. Die Analyse der Politikberatung durch den IPCC beginnt mit einer Analyse allgemeiner Kontextfaktoren wie die Arbeitsweise und seine Funktion innerhalb des UN-Klimaregimes. Darauf aufbauend untersuche ich die konkrete Politikberatung, die sich in der Erstellung eines Sonderberichts zu CCS manifestiert. Dabei nehme ich sowohl die Auswahl der Autor_innen als auch die Argumentationslinie des Berichts in den Blick. Darüber hinaus binde ich die Ergebnisse an Kapitel 3 zurück und frage nach dem Verhältnis der Politikberatung des IPCC zum ökomodernen Hegemonieprojekt.

Im Anschluss an die Analyse der Politikberatung durch den IPCC stehen die politischen Aushandlungsprozesse der *CCS-CDM-Kontroverse* im Fokus. Ich beginne mit einem Überblick über den Verlauf der Verhandlungen sowie über die am Aushandlungsprozess beteiligten Akteur_innen und ihre Positionen. Dieser Überblick basiert auf einer Analyse der schriftlichen Dokumente der Verhandlungen (Stellungnahmen und Protokolle). Aufgrund der formalisierten und transparenten Arbeitsweise der UN-Gremien sind diese Dokumente leicht zugänglich und geben den offiziellen Verhandlungsprozess präzise wieder. Allerdings geben sie keine Hinweise auf inoffizielle Absprachen und Aushandlungen, weshalb ich die Analyse der Dokumente mit Informationen, Einschätzungen und Interpretationen aus wissenschaftlichen Studien, Publikationen von Beobachterorganisationen²⁶ und zwei eigens durchgeführten Expert_inneninterviews²⁷ ergänze.

26 Neben den Regierungsdelegationen nehmen an den UN-Klimaverhandlungen viele Akteur_innen mit einem Beobachter_innenstatus teil. Diese werden als ‚Beobachterorganisationen‘ bezeichnet (vgl. Kapitel 5.1.1).

27 Meine Interviewpartner_innen waren Heleen de Coninck und Manfred Treber. Heleen de Coninck war bei der Erstellung des IPCC-Sonderberichts zu CCS eine der *Coordinating Lead Authors* (vgl. Kapitel 5.3.2). Darüber hinaus beobachtete sie als wissenschaftliche Beobachterin die CCS-CDM-Kontroverse. Manfred Treber nahm im Auftrag der Beobachterorganisation *Germanwatch* an den UN-Klimaverhandlungen zu CCS teil. An den Stellen, an denen ich auf Informationen aus den Interviews zurückgreife, markiere ich das mit einer Fußnote.

Anschließend greife ich einzelne Akteur_innen heraus, die in der Debatte eine besonders wichtige Rolle spielten und analysiere ihre spezifische Bedeutung und Argumentationslinie in den Verhandlungen. Dafür stelle ich zunächst relevante Kontextfaktoren dar.²⁸ Für die Interpretation der Argumentationslinien greife ich auf die von ihnen eingereichten schriftlichen Stellungnahmen zurück und arbeite die darin enthaltenen Artikulationen heraus. Diese Interpretation konkreter Artikulationen auf der Ebene von Einzeldokumenten geschieht vor dem Hintergrund der akteurspezifischen Kontextfaktoren und der in Kapitel 3 diskutierten Entwicklungen in den Auseinandersetzungen um die ökologische Krise.

Auf die akteursbezogene Betrachtung folgt eine Einschätzung der gesamten Kontroverse um CCS-Technologien in den UN-Klimaverhandlungen, die ich mit den Fragen nach den Brüchen, Rissen und Strategien des ökomodernen Hegemonieprojekts ins Verhältnis setze. Erst die Einbettung in die breitere Analyse des gesellschaftlichen Kontextes ermöglicht die Dekonstruktion von Artikulationen als Hegemoniepraktiken, die eine bestimmte Strukturierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse (re-)produzieren (vgl. Wullweber 2010: 50).

Um diese Einbettung weiter zu forcieren, stelle ich zusätzlich in einem weiteren Abschnitt die Verknüpfungen zwischen den verschiedenen Analyseschritten in den einzelnen Unterkapiteln her. Der konkrete Verhandlungsablauf und die darin vertretenen Positionen werden dadurch in Beziehung gesetzt zu den CCS-Konflikten in anderen Arenen, zu den akteursspezifischen Kontextfaktoren und zu der besonderen Rolle des IPCC im UN-Klimaregime.

In Kapitel 6 gehe ich explizit der Frage nach, welche Rückschlüsse aus der Analyse der CCS-Konflikte für die Einschätzung der Stabilität und der (möglichen) weiteren Entwicklung des ökomodernen Hegemonieprojekts gezogen werden können. Damit komme ich am Ende der Zirkel-Bewegung wieder zur größten Analyseinheit zurück. Angereichert durch die Erkenntnisse aus der mikroanalytischen Untersuchung der CCS-Konflikte wird noch einmal der Status quo der hegemonialen Kämpfe in der internationalen Umweltpolitik ins Zentrum der Analyse gerückt.

Die Arbeit schließt mit Kapitel 7, in dem die empirischen Ergebnisse im Hinblick auf die Forschungsfragen zusammengefasst werden.

28 Bei Staaten sind dies beispielsweise ihre Energie- und Klimapolitik sowie ihre CCS-Aktivitäten. Bei Beobachterorganisationen gehe ich unter anderem auf ihre allgemeinen umweltpolitischen Positionierungen und ihre bisherigen Beiträge in den UN-Klimaverhandlungen ein.

2.3.3 Das methodische Vorgehen bei der Feinanalyse

Als Feinanalyse bezeichne ich die Arbeitsschritte dieser Arbeit, in denen einzelne Dokumente unter Rückgriff auf methodisches Werkzeug interpretiert werden. Dies betrifft die Interpretation des IPCC-Berichts zu CCS-Technologien und der schriftlichen Stellungnahmen der *CCS-CDM-Kontroverse*. Die Herausarbeitung der konkreten Artikulationen in den Dokumenten basiert auf einem methodischen Vorgehen, das vorschnelle Schlüsse vermeiden und die Offenheit gegenüber dem Material absichern soll. Dazu bedarf es eines methodischen Vorgehens, das einerseits rigide genug ist, um die sorgfältige Auseinandersetzung mit dem Material zu fördern und andererseits flexibel genug, um die für die Forschungsfragen relevanten Aspekte in ihrer Komplexität erfassen zu können. Darüber hinaus muss das methodische Vorgehen adäquat gegenüber dem Untersuchungsgegenstand, dem Erkenntnisinteresse und den Forschungsfragen sein.

Meinen Forschungsfragen entsprechend (vgl. Kapitel 1.1) interessiert mich an den Dokumenten weder ihre Fallstruktur noch die Intention der Autor_innen, sondern ihr Beitrag zu den Auseinandersetzungen um die Universalisierung bestimmter Deutungs- und Handlungsmuster. Um diese Hegemoniepraktiken in den Dokumenten offenlegen zu können, greife ich auf ein Interpretationselement des narrativ-analytischen Auswertungsverfahrens von Martha Feldman et al. zurück: das Enthymem.²⁹ Die rhetorische Figur des Enthymems ist ein ‚unvollständiger‘ bzw. ‚nachlässiger‘ Syllogismus (vgl. Feldman/Sköldberg/Brown/Debra 2004: 152). Syllogismen wiederum bilden den Kern der aristotelischen Logik und bestehen aus einer ersten Prämisse (z. B. „Alle Menschen sind sterblich.“), einer zweiten Prämisse (z. B. „Alle Griechen sind Menschen.“) und einer Schlussfolgerung (z. B. „Alle Griechen sind sterblich.“). Wie Syllogismen bestehen auch Enthymeme prinzipiell aus diesem Dreischritt.

Im Gegensatz zu einem Syllogismus handelt es sich bei einem Enthymem allerdings nicht unbedingt um einen korrekt logischen Schluss, sondern die Schlussfolgerungen können auch auf Plausibilitätsargumenten oder Wahrscheinlichkeitsaussagen beruhen (vgl. Feldman et al. 2004: 152). Eine weitere Besonderheit des Enthymems besteht darin, dass nicht immer alle drei Elemente in expliziter Form vorliegen. Sehr häufig wird die erste Prämisse nicht expliziert, es können aber auch die zweite Prämisse oder die Schlussfolgerung implizit bleiben. Feldman et al. geben zwei mögliche Gründe für implizite Aussagen an. Sie werden entweder als selbstverständliche Tatsachen vorausgesetzt oder aber für besonders kontrovers

29 Den Anstoß zur Operationalisierung der diskurstheoretischen Hegemonieanalyse mit Hilfe der Narrativ-Analyse von Feldman et al. gab mir Philip Bedall (2013).

gehalten. Im ersten Fall erscheint dem/der Sprecher_in eine explizite Erwähnung unnötig, da die betreffenden Wissensbestände als unzweifelhafte, geteilte Basis gelten oder derart internalisiert sind, dass sie gar nicht bewusst gedacht werden. Im zweiten Fall will der/die Sprecher_in Widerspruch vermeiden (vgl. Feldman et al. 2004: 152). In beiden Fällen handelt es sich um die (Re-)Produktion von Konsens.

Dies verweist auf das entscheidende Charakteristikum des Enthymems: die Ko-Produktion der Aussagen durch Autor_in bzw. Sprecher_in und Leser_in bzw. Publikum (für den gesamten Absatz vgl. Bitzer 1959: 408; Smerecnik, Karl R./Renegar, Valerie R. 2010: 157). Mit Hilfe ihres Alltagsverständes und ihres Vorwissens füllt das Publikum die Lücken der impliziten Elemente und komplettiert damit das Enthymem. Enthymeme sind deshalb Kernbestandteil von Argumentationen, die auf die Überzeugung des Publikums zielen. Durch die Vervollständigung mit Hilfe des Alltagswissens laden ‚erfolgreiche‘ Enthymeme nicht zur weiteren Reflexion ein, sondern erzeugen im Gegenteil eine unmittelbare Plausibilität. Der Einsatz von Enthymemen als rhetorische Figur – um Zustimmung zu erzeugen – muss dabei keinesfalls bewusst erfolgen. In den meisten Fällen werden sie tatsächlich unbewusst eingesetzt.

Mit der Interpretation von Enthymemen werden unausgesprochene hegemoniale Diskurse bzw. Hegemoniestrategien offengelegt, in denen Konsens für partikulare Vorstellungen vom Gemeinwohl, von einer idealen Gesellschaft, hergestellt wird. Das macht die Interpretation von Enthymemen besonders interessant für eine Forschungsperspektive, die auf die Analyse von Auseinandersetzungen um Hegemonie und die darin agierenden (ent-)politisierenden Praktiken zielt. Schließlich basiert Hegemonie in erster Linie auf der Durchsetzung eines Konsenses, in dem die eigenen Partikularinteressen privilegiert eingeschrieben sind (vgl. Kapitel 2.1).

Die von mir durchgeführte Feinanalyse der Dokumente zielt also auf die Herausarbeitung der in ihnen enthaltenen Enthymemen. Die Enthymeme liegen nicht offensichtlich im Text vor, sondern die Erfassung konkreter Textpassagen als Elemente von Enthymemen – als erste Prämisse, zweite Prämisse oder Schlussfolgerung – ist das Ergebnis von Interpretationsarbeit. Die Identifizierung von Textpassagen als Enthymeme orientiert sich an zwei Aspekten. Erstens basieren Enthymeme stets auf impliziten oder expliziten Oppositionen, d. h. auf dem Ausschluss verworfener alternativer Deutungen. Oppositionen sind somit Hinweise („Marker“) auf Enthymeme (vgl. Feldman et al. 2004: 151, 155). Zweitens geben das Erkenntnisinteresse und die Forschungsfragen einen thematischen Rahmen vor, innerhalb dessen nach relevanten Enthymemen gesucht wird (vgl. Feldman et al. 2004: 154). Auf diese Art und Weise können die für die Fragestellung relevanten impliziten oder expliziten Artikulationen im Untersuchungsmaterial identifiziert

und in Form von Enthymemen rekonstruiert werden. Die Interpretation von impliziten Aussagen geschieht dabei stets vor dem Hintergrund der (akteursspezifischen) Kontextbedingungen und der Argumentationslinie, die das jeweilige Dokument als Ganzes durchzieht.

Diese im Anhang präsentierten Enthymeme bilden die Grundlage für die Nachzeichnung der Argumentationslinien verschiedener Akteur_innen. Bei der Darstellung der Argumentationslinien (vgl. Kapitel 5.3.3 und 5.4.3) verzichte ich aus Gründen der besseren Lesbarkeit darauf, die Enthymeme in ihrer formalisierten Struktur darzustellen. Stattdessen formuliere ich die in ihnen enthaltenen Prämissen und Schlussfolgerungen in einem Fließtext als Argumente der Akteur_innen aus. Zur besseren Nachvollziehbarkeit verweise ich aber auf die Enthymeme, die den Ausformulierungen in den jeweiligen Absätzen zugrunde liegen.

Abschließend demonstriere ich an zwei Beispielen, wie die aufgelisteten Enthymeme im Anhang zu lesen sind. Zur Darstellung der Enthymeme sei vorausgeschickt, dass die im Bericht implizit gebliebenen Aussagen in Großbuchstaben geschrieben sind und die Seitenzahlen die Textstellen des Dokuments anzeigen, auf die sich die Interpretation bezieht. Im Beispiel interpretiere ich folgende Passage aus der zweiten schriftlichen Stellungnahme der brasilianischen Regierung zur *CCS-CDM-Kontroverse*:

„Developed countries, which shall lead the process of combating climate change, should be the first to use CCS in geological formation on large scale in their territories in order to acquire knowledge about the risks related to leakage, monitoring and liability before exporting premature experiences to developing countries.“ (UNFCCC 2008: 3)

Bei dieser dichten Textstelle arbeitete ich zwei Enthymeme heraus: BRA 2-3 und BRA 2-4. Der Name der Enthymeme setzt sich aus der Abkürzung des Akteurs/der Akteurin (BRA steht für die brasilianische Regierung), der Benennung der Stellungnahme (2 steht für die zweite brasilianische Stellungnahme) und des Enthymems (3 bzw. 4 steht für das dritte bzw. vierte Enthymem, das in dieser Stellungnahme identifiziert wurde).

Enthymem BRA 2-3 (Seite 3)

Erste Prämisse: DIE FÜHRUNG IN DER BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS ZU ÜBERNEHMEN BEDEUTET, FÜR DIE ENTWICKLUNG DES PORTFOLIOS TECHNOLOGISCHER OPTIONEN VERANTWORTLICH ZU SEIN.

Zweite Prämisse: Die Industrieländer sollten die Führung in der Bekämpfung des Klimawandels übernehmen.

Schlussfolgerung: DIE INDUSTRIELÄNDER SIND FÜR DIE ENTWICKLUNG DES PORTFOLIOS TECHNOLOGISCHER OPTIONEN VERANTWORTLICH.

Beim Enthymem BRA 2-3 steht die zweite Prämisse explizit im Text. Sowohl die erste Prämisse als auch die Schlussfolgerung bleiben in der Stellungnahme allerdings implizit (weshalb sie in Großbuchstaben geschrieben sind), können aber vor dem Hintergrund des Kontextes erschlossen werden.

Enthymem BRA 2-4 (Seite 3)

Erste Prämisse: NOCH UNREIFE TECHNOLOGIEN DES PORTFOLIOS SOLLTEN ZUNÄCHST NUR IN DEN INDUSTRIELÄNDERN SELBER ZUM EINSATZ KOMMEN, BEVOR SIE IN ENTWICKLUNGSLÄNDER EXPORTIERT WERDEN.

Zweite Prämisse: CCS ist noch eine unreife Technologie.

Schlussfolgerung: CCS sollte zunächst nur in den den Industrieländern selber zum Einsatz kommen, bevor es in Entwicklungsländer exportiert wird.

Beim Enthymem BRA 2-4 bleibt allein die erste Prämisse implizit, die zweite Prämisse und die Schlussfolgerung liegen dagegen in expliziter Form vor.